

Kaukasische Post

Ercheint jeden Sonntag.

Preis der Einzelnummer in Tiflis 10 Kop., auswärts 12 Kop.

Bezugspreis in Tiflis: 5 Rub. jährl., 2 Rub. 50 Kop. halbjährl., 1 Rub. 25 Kop. vierteljährl. Mit Zustellung durch die Post: 6 Rub. jährl., 3 Rub. halbjährl., 1 Rub. 50 Kop. vierteljährl.

Anzeigen: Die Zeile oder deren Raum kostet: vor dem Text 20 Kop.; hinter denselben, d. h. im Anzeigenteile, 10 Kop. Bei Wiederholung wird Rabatt gewährt.

Die Redaktion befindet sich Golowin-Prosp. № 12, Haus Mdiwani, im Hofe. — Sprechstunde der Redaktion täglich von 6—7 Abends.

Annahmen von Bezugsgeldern u. Anzeigen: Tiflis, in der Redaktion; — von Bezugsgeldern außerdem: Schräder, Auffermannsche Niederlage auf dem Sande. — V. Bobileff am Alexandergarten. — in Wladikawkas: bei Frau Seidel, Apothekerverhandlung. — in Noworossysk: in der Buchhandlung „Djelo“, Serebejatowstrasse, im Andrejewschen Hause. — in Nikolajewka bei Chassaw-Zurt: Gebr. Föws, Buchhandlung. in Chassaw-Zurt: E. Solzke. — Anapa: J. Buch. — in Riga: Buchhandlung C. Bruhns. — Elisabethpol: G. Althausen.

Anzeigen von Privatpersonen, Firmen und Anstalten, von allen Orten des Auslandes oder des Russischen Reiches mit Ausnahme des Kaukasus, welche dort ansässig sind oder ihre Kontore oder Verwaltungen haben, werden ausschließlich entgegen genommen im Zentralannoncenbureau des Handelshauses L. & C. Wehl & Co. in Moskau, Mjasniktaja, Haus Sitow, und in seinen Filialen: in St. Petersburg, Morskaja 11., Warschau, Krakauer Vorstadt 53, Paris, Place de la Bourse 8., Berlin, Fasanenstrasse 72/73.

Nr. 23.

Sonntag, den 18. November (1. Dezember) 1907.

2. Jahrgang.

Inhalt: 1) Aufruf (Weihnachtsbaum für arme deutsche Kinder); 2) Die Grundprinzipien der Deutschen Gruppe; 3) Politische Rundschau (In- und Ausland); 4) Nachrichten aus dem Kaukasus; 5) Aus den Kolonien; 6) Die 108. Synode der ev.-luth. Kolonialgemeinden in Transkaukasien; 7) Küche und Haus, Erziehung und Gesundheitspflege; (Ein neues Diphtheriemittel); 8) Literatur u. Kunst („Bis in das Glend“—2. Fortsetzung und „Wetka-Pilger“); 9) Aus aller Welt; 10) Kirchliche Nachrichten; 11) Lustige Ecke.

Ein Deutscher,

im Besiz des Diploms eines Lehrerseminars, sucht nach Ostern eine Stelle als Lehrer an einer deutschen Schule im Kaukasus. Adresse: Deutschland, Grohnde a/Weser, bei Sameln, Karl Meyer. i--1

Soeben erhalten:

Fertige Ballkleider Pariser & Moskauer Fabriken.

Grosse Auswahl

von WOLLENEN und SEIDENEN STOFFEN.

Englischer Velvet in allen Farben.

Tuchwaren für Herren- & Damenanzüge. Plüsch & Pelzimitation von Wolle u. Seide.

Leinwand & Tischwäsche, Vorhänge & Porlieren,

Flanell, Barchent, Tücher und Bettdecken.

In der Detailniederlage des Handelshauses

Golowinski Prospekt

Gbr. A. und A. Milow

gegenüber dem Kadettenkorps.

Auf Verlangen werden Muster gesandt.

10—3

Alle Bestellungen werden sofort ausgeführt.

Deutscher Verein in Tiflis.

Sonnabend, den 17. November 1907.

Familien-Abend

I.

Ein Mißverständnis.

Lustspiel in 1 Akt.

III. **Tanz.**

II.

Der neue Lehrer.

Schwank in 1 Aufzuge.

Eintritt der Mitglieder frei.

Der Vorstand.

Um abgetragene Kleider für die Kinder seiner Armen-
schule bittet demütigst mit einem herzlichen Dank im voraus

P. F. Mengum,

Gymnasial-Religionslehrer: Костель на Николаевской ул.

A u f r u f .

Weihnachtsbaum für arme deutsche Kinder.

Ein Kreis von deutschen Frauen hat beschlossen, armen deutschen Kindern eine Weihnachtsbescherung zu veranstalten. Dazu ist aber die Hilfe vieler freundlicher Menschen nötig. Die Zahl der erwartungsvollen Kinderherzen ist groß, das Geld aber allerorten knapp geworden. Wir bitten daher auch in erster Linie nicht um Geld, sondern um etwas Mühe und Arbeit. In jedem Hausstande giebt es unzählige Gegenstände, die als wertlos beiseite geworfen werden und die dennoch ihren Wert haben. Wir bitten um diese wertlosen Sachen. Schenkt sie uns, wir wissen sie zu verwerten, und wollen daraus Wunderdinge gestalten, die in ernsthafte altkluge Gesichter wieder fröhliche Kinderaugen hineinzubern, und auf blassen Wangen den rosigen Schimmer der Überraschung und Freude hervorrufen sollen.

Jeder kann uns helfen, angefangen von den Kindern bis hinauf zu den Urgroßeltern. Die Kleinen suchen wohl ihr Spielzeug durch und schenken uns die abgenutzten Pferdchen, die Baukästen mit fehlenden Steinen, die Puppen ohne Köpfe, usw. Knaben und Mädchen bitten wir um abgenutzte Bilderbücher, einzelne Bildchen, alte Bücher und Journale, gebrauchte bunte Ansichtspostkarten u. dgl. Die Mütter werden dringend um abgelegte Kleider, Wäsche (Leib- und Hauswäsche) und um Schuhwerk gebeten. Die Großmütter bitten wir um bunte Läppchen, um Reste von Wolle, Garn und Seide, — das haben wir alles nötig, um den Puppenkindern neue Kleider zu nähen. Die Großväter wiederum efern uns vielleicht ihre leeren Cigarrenkisten und Streichholzkästchen, die ganz gewöhnlichen Schachteln von schwedischen Zündböllzern. Davon brauchen wir sogar sehr viele, Hunderte, Tausende. Das herrlichste Spielzeug läßt sich daraus fabrizieren! Schließlich kommen wir zu den Vätern und Junggesellen und gestehen, daß wir ganz ohne Geld doch nicht auskommen können. Es findet sich in dem arg beanspruchten Geldbeutel vielleicht doch noch ein übriger Rubel für uns. Bitte stellt Euch vor, wieviel Äpfel und Pfeffertuchen man für einen Rubel kaufen kann, vielleicht schenkt Ihr uns dem diesen Rubel und unsere armen Kinder haben zu Weihnachten, also wenigstens einmal im Jahr, die Hände voll Naschwerk.

Sammelstelle für Kleider, Wäsche und Stoffe: Evang.-luth. Siechenhaus, Kirchen-Strasse 47, Sammelstelle für Spielzeug: Kischischwifaja Nr. 8 (Ecke der Sfolatskaja) bei Baronin H. v. Drachensfels.

Den freundlichen Gebem sagen wir vielen herzlichen Dank bereits im voraus.

Im Namen des obengenannten
Kreises deutscher Frauen:

Baronin H. v. Drachensfels.

Zu den letzten Tagen des Revolutions-
jahres 1905 trat, so lesen wir in der „St. Pet. Bzg.“, eine Schar von 80 Männern zusammen und beschloß die Gründung der Deutschen Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober. Zwei Ziele setzte sich die neue Vereinigung: 1) staatserkaltend und revolutionsfeindlich zu wirken und 2) für die nationalen Wünsche (Sprache, Schule und Glauben) der Deutschen einzutreten. Beide Ziele sind nach Ansicht der Deutschen Gruppe durch Verwirklichung des Manifestes vom 17. Oktober zu erreichen. Um mit größerem Nachdruck vorgehen zu können, suchte und fand die Deutsche Gruppe Anschluß an die damals größte russische Partei, den Verband vom 17. Oktober. Dabei war aber bereits auf der begründenden Versammlung der Deutschen Gruppe die Ausarbeitung eines selbständigen Programms ins Auge gefaßt worden. Durch drei Wahlkampagnen hindurch hat die Deutsche Gruppe Seite an Seite mit dem Verbands vom 17. Okt. gekämpft und sich einen anerkannten und geachteten Platz in letzterem erworben. Das Verhältnis zum Oktoberverbande wurde durch die Anerkennung der Selbständigkeit der Deutschen Gruppe seitens jenes und Aufnahme einiger Mitglieder ihres Vorstandes in den Zentralausschuß des Verbandes vom 17. Oktober endgültig geregelt. Nunmehr ist die Aufstellung eines eigenen Parteiprogramms erfolgt, dessen Hauptpunkte ungefähr folgende sind:

1) Grundgesetze der Staatsverfassung: Russland ist eine erbliche, unteilbare, konstitutionelle Monarchie. Die Verfassung des Reichs ist festgesetzt durch Grundgesetze. Die kulturellen Besonderheiten einzelner Landesteile werden durch eine entsprechende Selbstverwaltung gewährleistet. Finnland nimmt als autonomer Staatsteil die ihm gewährte Sonderstellung ein. Die gesetzgebende Gewalt wird vom Monarchen gemeinsam mit der Reichsduma und dem Reichsrat ausgeübt. Kein Gesetz ist gültig ohne Zustimmung der beiden genannten Kammern und die Bestätigung des Monarchen. Verordnungen der Regierung, von welchen Organen sie auch ausgehen sollten, dürfen den bestehenden Gesetzen nicht widersprechen. Außer der Anteilnahme an der Gesetzgebung gehört zu den Machtbefugnissen der beiden Kammern: das Recht, Gesetze von sich aus anzuregen; Zustimmung oder Ablehnung in betreff aller wirtschaftlichen Verträge, Kontrolle der Finanzverwaltung, Budgetbewilligungsrecht, das Recht der Ministerinterpellation, d. h. das Recht an die Staatsregierung Anfragen um Auskunftserteilung oder Rechenschaft über bestimmte Angelegenheiten zu richten; Kontrolle über die Verwaltungsorgane; das Recht der Annahme von Petitionen, d. h. von Anträgen, welche die Staatsbürger, einzeln oder in Massen, an die Kammern richten, und das Recht der Einreichung von Adressen an das Staatsoberhaupt. Die Hoheitsrechte des Monarchen bleiben



gewahrt in den Grenzen der Verfassung. Der Monarch beruft innerhalb der vom Gesetz vorgezeichneten Fristen die Kammern und hat das Recht, sie aufzulösen, bei gleichzeitiger Anordnung von Neuwahlen. Er hat den Oberbefehl über die Flotte, die Entscheidung über Krieg und Frieden, das Recht, Minister und Beamte zu ernennen und zu entlassen, das Recht der Begnadigung (Amnestie), der Ordens- und Titelverleihung, der Erhebung in den Adelsstand und die anderen in den Grundgesetzen vorgezeichneten Rechte. Für die Reichsduma soll ein allgemeines, geheimes, nach Möglichkeit direktes Wahlrecht bestehen, welches Rücksicht nimmt auf die Steuerpflicht und die Bildungs- und Altersstufe und welches durch Proportionalwahlen auch den Minoritäten die Möglichkeit einer, ihren wirklichen Kräften entsprechenden Vertretung gewährleistet, d. h. ein Wahlsystem soll geschaffen werden, nach welchem die Abgeordneten auf die Parteien nach der Zahl der für jede derselben im ganzen Reiche abgegebenen Stimmen verteilt werden, die Wahl nach einzelnen Wahlkreisen also fortfallen soll. Das passive Wahlrecht (das Recht, gewählt zu werden,) ist an das Alter von mindestens 30 Jahren und an einen gewissen Bildungsgrad geknüpft.

2) Grundrechte der Bürger: Gleicher Rechtschug für alle Bürger, ohne Unterschied des Geschlechts, des Standes, der Nationalität und des Glaubensbekenntnisses. Glaubensbekenntnis und Religionsausübung sind frei. Gleichberechtigung aller Konfessionen, ungeachtet der vorherrschenden staatslich-offiziellen Stellung der griechisch-orthodoxen Kirche, und insbesondere: Gleichberechtigung in bezug auf Eheschließung und Konfessionen-zugehörigkeit der Kinder und freier Übertritt aus einer Konfession in die andere mit bloßer Beobachtung der Meldepflicht. Ausreichende staatsliche Förderung des Religionsunterrichts aller Konfessionen. Die Wissenschaft ist frei. Die Zensur wird abgeschafft. Die Presse ist innerhalb der Grenzen der Strafgesetze frei. Zur Herausgabe einer Zeitung genügt die Anmeldung bei der zuständigen Behörde; eine besondere Erlaubnis dazu ist nicht erst abzuwarten (Meldebestimmungen anstatt des Konfessionensystems). Versammlungs- und Vereinsfreiheit innerhalb der Grenzen des Gesetzes. Unantastbarkeit der Person, der Wohnung, des Eigentums und des Briefgeheimnisses. Nur das Gericht, und bei dringlicher Verfolgung (d. h. auf frischer Tat) von Kriminalverbrechen die Polizei, haben das Recht des Eingriffs. Doch muß in jedem Fall in einer gesetzlich festzustellenden, möglichst kurzen Frist das gerichtliche Verfahren eingeleitet werden. Das Recht, Gesuche einzureichen, nicht nur für Einzelpersonen, sondern auch für Gruppen und Körperschaften. Das Recht der Freizügigkeit. Abschaffung des Passsystems.

3) Selbstverwaltung: Dezentralisation (Gegenjag von Zentralisation, d. h. der Vereinigung in einem Mittelpunkt, Zusammenziehung). Entwicklung der Landchafts- und der städtischen Selbstverwaltung. Ihre Ausdehnung nach Möglichkeit über alle Teile des Reichs. Die Hinzuziehung aller Bevölkerungsschichten zur Selbstverwaltung, nach Maßgabe der von ihnen getragenen Steuerlast. Hebung der Machtbefugnisse und der Selbständigkeit der Selbstverwaltungsorgane gegenüber den staatlichen Verwaltungsorganen, unter deren Kontrolle sie stehen. Der eigenartigen Entwicklung der Selbstverwaltung in einzelnen Landesteilen ist gemäß ihrer historischen Entwicklung, ihren eigenartigen Bedürfnissen und dem Kulturzustand ihrer Bevölkerung, ein möglichst weiter Spielraum zu gewähren (zielt

auf Polen, die Ostseeprovinzen und die übrigen Provinzen, sowie die Kolonisten, soweit sie administrativ Regierungen bilden). Für einzelne Landesteile mit fremdsprachiger Bevölkerung Zulassung der Landessprachen in allen kommunalen Institutionen (Gemeindeeinrichtungen);

4) Gericht und Behörden. Vollige Trennung der richterlichen und der administrativen Gewalt, sodas letzterer keinerlei Einwirkung auf die Rechtsprechung zusteht. Die Richter können nur durch Gerichtsurteil abgesetzt werden. Einführung allgemeiner öffentlicher Gerichte für alle Bevölkerungsschichten. Abschaffung der Landhauptleute sowie aller privilegierten Gerichte. Bei den Geschworenengerichten hat ein Vermögens- und Bildungsgrad des Geschworenen zu bestehen. Kenntnis der örtlichen Landessprachen ist für Richter und Untersuchungsrichter dringend wünschenswert, wo durchführbar, sogar obligatorisch. Mögliche Verkürzung des Personalbestandes der Behörden. Gerechte Verteilung der Gehälter. Aufbesserung der materiellen und dienstlichen Stellung der niederen Beamten. Spezielle Vorbildung der Beamten und Staatsexamina in den einzelnen Ressorts. Strenge Unterwerfung der Beamten, nicht ausgeschlossen die Minister, unter das für alle Bürger geltende Gesetz. Die Abnung von Amts- und Dienstvergehen muß den ordentlichen Gerichten unterliegen.

Die Abschnitte: Finanz- und Wirtschaftspolitik, Gewerbepolitik und Volksbildung besprechen wir in der nächsten Nummer. Ergänzend müssen wir bemerken, daß bei der Wiedergabe des vorstehenden Entwurfs die Anregungen mitberücksichtigt worden sind, welche der Ausschuß der Deutschen Gruppe an der Feststellung der Kommission, welche mit dieser Aufgabe betraut worden war, vorgenommen hat, in der Voraussetzung, daß dieselben auch von der Generalversammlung der Deutschen Gruppe gebilligt werden dürften.

Für viele unserer Leser ergibt sich aus obigem Referat zugleich die Möglichkeit, ihre eigenen politischen Anschauungen und Wünsche genauer zu kontrollieren. So mancher unter ihnen wird zu seinem größten Erstaunen erkennen, wie überraschend ähnlich sein Bild — in politischer Hinsicht — in dem vorgehaltenen Spiegel dem eines Mitgliedes der Deutschen Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober erscheint und wie wenig er also Grund gehabt hat, sich vor aller Welt als Parteigänger der Linken zu gebärden. So mancher unter den sog. „Progressisten“ in unserer Mitte wird Einsicht bei sich selbst halten und dabei gesehen müssen, daß einen weitergehenden „Progress“, als der im Programmwurf der Deutschen Gruppe vorgesehene, auch von ihm nicht angestrebt wird. Die Einigung aller deutschen politischen Faktoren in den nationalen Fragen ist, wie die „St. Pet. Ztg.“ zutreffend bemerkt, das Ziel, auf das wir hinarbeiten müssen, darum prüfe sich ein jeder von uns auf seine politischen Wünsche hin, ehe er sich dieser oder jener Partei endgültig anschließt.

Zur besseren Orientierung für unsere Leser bringen wir nachstehend einstweilen noch folgende Notiz der „Riz. Rundschau“: „In der Petersburger Deutschen Gruppe des Verbandes vom 17. Okt. hat, wie wir in der Pet. Ztg. lesen, Herr O. v. Nadecki folgenden Antrag an die Generalversammlung eingebracht: Die Deutsche Gruppe ist damit beschäftigt, ihre Grundprinzipien schriftlich festzustellen. Es liegt im Wesen der Deut-

ischen Gruppe, daß hierbei von besonderer Wichtigkeit sein müssen die Grundprinzipien: 1) über Glauben und Kirche, resp. evangelischen Glauben und evangelische Kirche; 2) über die Muttersprache, resp. über die deutsche Muttersprache, resp. über die Anwendung der deutschen Sprache in Schule, Hochschule, Selbsterwaltung und Rechtspflege. In dem der Generalversammlung vorliegenden Kommissionsentwurf sind die vorstehend unter 1 und 2 erwähnten Fragen, namentlich die Kirchenfrage, mit einiger Spezialisierung behandelt worden. Ohne darauf einzugehen, ob die vorgeschlagene Spezialisierung bei der schriftlichen Feststellung dieser Grundprinzipien in politischer Hinsicht zweckmäßig ist oder nicht, glaube ich immerhin als feststehend annehmen zu dürfen, daß für die weitere politische Behandlung der beiden Fragen als fördernder Umstand in Betracht kommen kann, ob und in welcher Weise deutsche politische Vereinigungen russischer Staatsbürger ihre Wünsche und Ziele auf diesen Gebieten formulieren und damit zum Gegenstande öffentlicher Diskussion werden lassen. Wenn nun dieses der Fall ist, wenn die von uns beabsichtigten schriftlichen Feststellungen bestimmter Forderungen auf dem Gebiete unserer Sprache, Schule und Kirche die Interessen aller russischen Untertanen deutscher Nationalität fördernd oder hemmend berühren, so erscheint es mir durch die Rücksichten der Solidarität der russischen Untertanen deutscher Nationalität geboten, daß von uns wenigstens der Versuch gemacht werde, unter den uns erreichbaren Interessenten eine Verständigung über die Formulierung der gemeinsamen Wünsche und Ziele herbeizuführen, ehe wir die Formulierung für unsere Deutsche Gruppe durch Beschluß der Generalversammlung festlegen. Von diesen Erwägungen ausgehend, beantrage ich, die Generalversammlung wolle beschließen:

1) Der Ausschuß wird beauftragt und ermächtigt, mit den sieben deutschen Dumaabgeordneten der Baltischen konstitutionellen Parteien, mit den übrigen Dumaabgeordneten deutscher Nationalität, mit dem Ausschuß der „Moskauer Deutschen Vereinigung“ (eventuell auch mit den ihm sonst noch erreichbaren Vertretern der gleichen Interessen) in Verbindung zu treten, — um mit ihnen darüber zu beraten, wie eine der Solidarität der russischen Untertanen deutscher Nationalität entsprechende politische Behandlung der Fragen der Sprache, der Schule, der Kirche herbeizuführen wäre.

2) Durch den sub. 1. formulierten Beschluß wird die weitere Beratung der „Grundprinzipien“ innerhalb der „Deutschen Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober“ nicht aufgehalten, — eine definitive Beschlusfassung der Generalversammlung soll aber erst stattfinden, nachdem der Ausschuß über die Ausführung des im sub. 1 erteilten Auftrages Bericht erstattet haben wird.

Die Deutsche Gruppe in Petersburg hat in ihrer Versammlung vom 21. Oktober den Punkt 1 des Antrages Radecki fast einheitlich angenommen; den Punkt 2 mit überwältigender Majorität abgelehnt“.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Inland.

Zur Lage. Die Zusammensetzung der Duma ist ungefähr folgende: Rechte 150, Oktoibristen 150, Kadetten und ihre Bundesgenossen 100, Linke 40. Zwei Möglichkeiten, eine Mehrheit zustande zu bringen, haben somit die Oktoibristen: mit den Rechten verfügen sie über 300, mit den Kadetten über 250 Stimmen. Unter Umständen kann allerdings dieses Verhältnis

gestört werden, wenn nämlich ein Teil der Rechten, etwa 40, unter Führung des Besarabischen Abgeordneten, Mitglieds des Verbandes des russischen Volks, Purischkewitsch, aus dieser Partei austritt, was nicht unwahrscheinlich ist (dann wären die beiden Mehrheiten gleich stark) oder eine Spaltung im Oktoberverbande eintritt, wie in der Sitzung am 5. d. Mts. bereits geschehen, indem etwa 30 Abgeordnete unter Führung Kapustins und Lwows mit den Kadetten gegen die Rechten stimmten. Wenn beide genannten Gruppen zugleich die Rechten und Oktoibristen nicht unterstützten, so könnten letztere überhaupt keine Mehrheit bilden. Die Oktoibristen dürften sich also mit den Rechten keineswegs dauernd verbinden; sie müßten stets die Möglichkeit haben, erforderlichenfalls auch mit den Kadetten gegen die Rechten zu stimmen. Wenn also in bezug auf die Befegung des Präsidiums unzweifelhaft eine Einigung zwischen Oktoibristen und Rechten stattgefunden hat, an Stelle des anfänglich in Aussicht genommenen Bündnisses mit den Kadetten, so darf dieselbe nicht als ein für allemal erzielt gelten; vielmehr darf man mit Bestimmtheit behaupten, daß es sich im gegebenen Fall nur um einen vorübergehenden Kompromiß gehandelt haben kann. — Die Personalien der ins Präsidium gewählten Abgeordneten lassen sich kurz folgendermaßen skizzieren: der Präsident Nikolai Alexejewitsch Chomjakow, Abgeordneter des Gouvernements Smolensk, ist 58 Jahre alt, Oktoibrist, in Moskau als Sohn des bekannten Dichters und slawophilen Politikers Alexei Stepanowitsch Chomjakow geboren. Sein Taufvater war der russ. Dichter N. W. Gogol. Mit 24 Jahren absolvierte er das Studium der Jurisprudenz an der Moskauer Universität. Während des letzten Türkenkrieges befand er sich im Auftrage des Moskauer Adels als Bevollmächtigter des Roten Kreuzes im Kaukasus. Seit dem Friedensschluß lebte er fast ununterbrochen auf seinem Gute Lipezy im Gouv. Smolensk. Im Jahr 1880 wählte der Adel ihn zum Kreismarschall, 1886 zum Gouvernements-Adelsmarschall. 5 Jahre später wurde er auf Veranlassung des damaligen Ackerbau-Ministers Zermolow zum Direktor des Forstdepartements ernannt. „Ich gestehe“, so erzählt Chomjakow selbst, „der Staatsdienst fiel mir nicht leicht, weil ich mich nur schwer in das tote Kanzenwesen fügen konnte. Damals begannen die Verfolgungen in unserem Ressort und ich hatte mit dem damals allmächtigen S. J. Witte manchen Kampf auszutragen. A. S. Zermolow, zu dem ich noch heute in den besten Beziehungen stehe, mußte das Feld räumen. Es kam so, daß wir in Abhängigkeit von Witte gerieten. Mir war das sehr unangenehm. Ich duldete und duldete, zuletzt hielt ich es aber nicht mehr aus, ich quittierte den Dienst und zog mich nach Sibirskewka zurück. Ich wurde wiederum zum Kreismarschall gewählt und bekleide bis zur Stunde diesen Posten, wobei ich auch in der Gouvernements-Landschaft arbeite und als Friedensrichter tätig bin. Auf meine Initiative suchte im Jahre 1903 die Smolensker Gouvernements-Landschaft als eine der ersten in einer untertänigen Adresse um die Einberufung der „besten Leute“ nach. Mit diesem Moment begann meine Beteiligung am politischen Leben. Als sich im Jahre 1905 der Verband des 17. Oktober bildete, wurde ich in das Zentralkomitee gewählt. Im Jahre 1906 wurde ich gewähltes Mitglied des Reichsrats, und in diesem Jahre bin ich im Gouvernement Smolensk in die Reichsduma gewählt wor-



den.“—Das Oktobermanifest ist Chomjakow eine feste, in ihrer Bedeutung klar erkannte Grundlage; kleinliche, engherzige Deutung des Manifests und irgend ein Bestreben, den Rechten nach dem Sinn zu reden, liegt ihm fern.—Der zum ersten Vizepräsidenten gewählte Fürst Wladimir Michailowitsch Wolkonski ist Abgeordneter des Gouvernements Tambow. Der 38 Jahre alte Fürst ist der Sohn des Reichsratsmitglieds, früheren Gehilfen des Unterrichtsministers und ein Enkel des bekannten Dekabristen. Fürst W. ist Großgrundbesitzer und war bisher Adelsmarschall des Kreises Schazl und tätiges Mitglied des russischen Volksverbandes. Der Fürst besitzt nur Mittelschulbildung.—Der zweite Vizepräsident Baron Alexander Meyendorff ist der von der Grundbesitzerkurie gewählte Abgeordnete des Gouv. Livland; er ist Privatdozent der juristischen Fakultät der Petersburger Universität und Klasseninspektor der Kaiserl. Rechtsschule. Außerdem dient er in der Reichskanzlei. Baron M. ist Oktobrist, er ist ein Mann von großem Wissen und allgemein als gründlicher Kenner der für die Ostseeprovinzen geltenden Gesetze anerkannt.—Der zum Sekretär der Reichsduma gewählte Iwan Petrowitsch Esajonowitsch ist Professor der Literaturgeschichte an der Warschauer Universität. Seine Bildung erhielt er an der Petersburger Universität. Für eine wissenschaftliche Arbeit wurde S. die Uwarowprämie zuerkannt. S. war Abgeordneter der zweiten Reichsduma.—In den Sitzungen am 8. und 10. d. Mts. haben sodann noch die Wahlen von 5 Sekretärsgehilfen stattgefunden. Gewählt worden sind, nachdem die Kadetten Tschelnokow (Sekretär in der 2. Duma) und Zenikjew die auf sie gefallenen Wahlen zurückgewiesen hatten: Samyslowski (Abg. von der russ. Bevölkerung des Gouv. Wilna, Richter, Russe, Prokureursgehilfe), als erster Gehilfe mit Stimmrecht im Präsidium, und die Herren Melnikow, Esokolow, Iskryki und Antonow (Rechte und Oktobristen; der letztgenannte Direktor eines Departements im Justizministerium).—Im übrigen beschäftigte man sich in den beiden genannten Sitzungen mit Bildung von verschiedenen Kommissionen und Wahlen in dieselben.—Eine Adresse an S. Majestät den Kaiser, in Erwiderung auf die Begrüßung zur Eröffnung, wird von einer besonderen Kommission, bestehend aus 18 Mann, ausgearbeitet und dürfte bei Drucklegung dieser Nummer bereits im Wortlaut der Duma vorgelegt worden sein. In derselben wird Bezug genommen werden auf das Manifest vom 17. Oktober 1905 und daran die Hoffnung geknüpft, daß die Regierung nicht ermangeln werde, unterstützt durch die Duma, die in Aussicht gestellten Reformen allmählich auch einzuführen.

Der Fraktion der Oktobristen sind laut einer Mitteilung der „Rig. Rundschau“ auch die Abgeordneten der Baltischen Konstitutionellen Parteien beigetreten. Übrigens sei ein Programm nicht festgestellt worden. Das gemeinsame Programm werde sich bei Beurteilung der einzelnen Fragen ergeben, so daß vorläufig jeder Fraktion in bezug auf das Programm volle Bewegungsfreiheit zusteht. In die Fraktion der Mohammedaner sind, wie der „Towarischtsch“ erfährt, 10 Abgeordnete eingetreten. Die Fraktion soll beschloffen haben, in allgemeinpolitischen Fragen mit den Kadetten zu stimmen.—Zu dem Bestande der Kadetten-Fraktion gehören gegenwärtig 56 Abgeordnete, ungerechnet die mit der Fraktion

in Fühlung stehenden Mitglieder der Reichsduma. Die demokratische Fraktion zählt 17 Abgeordnete.

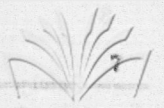
Ausland.

Deutschland. Während die Toaste, die König Eduard und Kaiser Wilhelm im Schlosse von Windsor gewechselt haben, völlig unpolitisch waren, entbehrt die Rede, welche der Kaiser bei dem Besuch von London, auf dem Guildhall-Bankett, in Erwiderung des Toastes des Lordmayors gehalten hat, des politischen Charakters keineswegs, indem er unter anderem sagte: „In der Rede, die ich vor 16 Jahren an dieser Stelle gehalten habe, wies ich darauf hin, daß alle meine Bestrebungen auf die Wahrung des Friedens gerichtet sein würden. Ich hoffe, daß die Geschichte mir Gerechtigkeit widerfahren lassen und die Unerschütterlichkeit anerkennen wird, mit der ich dieses Ziel verfolgt habe. Die Hauptgrundlage des allgemeinen Friedens aber sind die guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Auch fernerhin werde ich bemüht sein, die Festigung dieser Beziehungen, soweit es in meinen Kräften steht, zu fördern. Das deutsche Volk teilt meine Wünsche durchaus, und vor uns eröffnet sich eine glänzende Zukunft. Der Handel beider Nationen, der auf dem gegenseitigen Vertrauen beruht, wird sich noch mehr entwickeln.“—Am 2. (15.) Nov. wurde Kaiser Wilhelm in Windsor das Diplom eines Ehrendoktors der Rechte seitens der Universität Oxford überreicht. Auf die Ansprache des Kanzlers Lord Curzon hin sprach der Kaiser sein Bedauern darüber aus, daß er Oxford gegenwärtig nicht besuchen könne. Der Kaiser gedachte bei derselben Gelegenheit auch der Tatsache, daß bereits seinem Vater und Großvater die gleiche Ehre zuteil geworden sei, weshalb ihm das Diplom besondere Genugtuung gewähre.—Nach der Beendigung seines Besuchs in Windsor hat der Kaiser am 5. (18.) d. M., entgegen seinen ursprünglichen Anordnungen, in Higgeliff Castle bei Christchurch (Grafschaft Hampshire) an der Küste des Ärmelkanals, in der Nähe der Insel Wight, für 14 Tage Wohnung genommen. Der Kaiser leidet bekanntlich an den Folgen einer Erkältung, die er sich noch vor seiner England-Fahrt zugezogen hatte; es handelt sich um eine Halsaffektion, die aber durchaus nicht erster Natur sein soll, wie vielfach befürchtet wurde. Higgeliff-Castle wird von Sir Alfred Cooper bewohnt, der das Schloß auf 6 Monate gemietet und es nun dem Kaiser zur Verfügung gestellt hat. Higgeliff-Castle liegt sehr geschützt an der sog. englischen Riviera (zwischen Brighton und Torquay); die Temperatur ist ungemein gleichmäßig, weder im Sommer übermäßig heiß, noch im Winter besonders kalt; die Luft ist rein, feinstaubfrei.—Die Deutsche Kaiserin ist auf der Yacht „Hohenzollern“ schon heimgekehrt und zwar über Ymuiden, wo sie am 6. (19.) d. M. eingetroffen war und von wo aus sie einen vorübergehenden Besuch den beiden Königinnen (d. h. der regierenden und der Königin Mutter) von Holland auf Schloß Het Loo abgestattet hatte.

Oesterreich-Ungarn. Eine Ministerkrise hat es hier gegeben, indem die Rücktrittsgesuche der Minister Auerberg, Prade, Foret und Pacal seinerzeit angenommen worden waren. Abgeordneter Fiedler wurde zum Handelsminister, Ebenhoch zum Ackerbauminister und Gschmann, Pefschka und Praszek zu Ministern ohne Portefeuille ernannt. Die Lösung der Ministerkrise bedeutet eine Rechtschwenkung des Kabinetts. Ein

Agrarier, ein deutscher Volksparteiler und zwei Jungtschechen haben das Kabinett verlassen und statt ihrer kommen zwei Agrarier, zwei Christlich-Soziale und ein Jungtscheche hinein. Geymann hat das neuzuschaffende Arbeitsministerium erhalten. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel war die Ministerkrise über Oesterreich hereingebrochen. Gerade in dem Augenblick ist die Regierung von diesem schleichenden Übel befallen worden, als sie alle ihre nächstliegenden Aufgaben erfüllt, den Ausgleich mit Ungarn zustande gebracht und dem Parlament ein Budget vorgelegt hatte, das für das Jahr 1908 einen Überschuß von 146 Millionen Kronen aufwies. In jedem anderen Staate stünde da eine Regierung fester denn je und es ist wieder einmal ein schlagender Beweis für die Eigenartigkeit der politischen Verhältnisse in Oesterreich, daß hier das gerade Gegenteil zutrifft. Und auch das ist charakteristisch, daß die letzte Ursache der Krise der Nationalitätenstreit ist, dem man in Oesterreich durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts die Spitze abgebrochen zu haben glaubte. Im Tschechenlager, das schon so manches Ministerium in Oesterreich, zuletzt noch das Kabinett Körber gestürzt hat, ist auch diesmal wieder der Ausgangspunkt der Krise zu suchen. Die Jungtschechen hatten im Ministerium zwei Minister, den Handelsminister Dr. Foret und den tschechischen Landsmannminister Dr. Pacal. Nachdem aber in den Reichsratswahlen der Jungtschechenklub eine vernichtende Niederlage erlitten hatte, war die Stellung der beiden Minister erschüttert worden. Die übrigen tschechischen Parteien, namentlich die zur stärksten Gruppe gewordenen tschechischen Agrarier, denen sich auch die tschechischen Klerikalen angeschlossen, verweigerten den beiden jungtschechischen Ministern die Gefolgschaft. Aber der Ministerpräsident hatte diese Rekonstruktion seines Kabinetts erst für den Zeitpunkt nach der parlamentarischen Erledigung eines Ausgleichs in Aussicht genommen, da er von der an sich durchaus richtigen Voraussetzung ausging, daß diejenigen Minister, deren Name unter dem Ausgleich steht, diesen auch parlamentarisch zu vertreten hätten, da man neuen Männern nicht zumuten könne, sich in die schwierige Materie so rasch einzuarbeiten. Denn der Ausgleich muß in diesem Jahre noch parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht werden, so daß die Zeit also drängt. Der Ministerpräsident ging dabei ferner von der Erwartung aus, daß diejenigen Parteien, die ihre Minister im Kabinett sitzen haben, auch die moralische Verpflichtung haben, für den Ausgleich zu stimmen. Aber er mußte sich sehr bald überzeugen, daß die Parteien nicht durchweg gesonnen seien, diese moralische Verpflichtung anzuerkennen, und daß insbesondere die Jungtschechen die Unterschrift ihres Handelsministers Dr. Foret unter dem Ausgleichsentwurf nicht bedingungslos durch ihr Votum gutheißen wollten. Der Führer der Jungtschechen, Dr. Kramarz, der bekannte Deutschen- und Dreibundfeind, eröffnete vielmehr dem Ministerpräsidenten, daß die Tschechen den Ausgleich nicht als eine Staatsnotwendigkeit, sondern als eine politische Frage betrachten und gegen politische Zugeständnisse stimmen würden. Zugleich präsentierte er dem Ministerpräsidenten die alten tschechischen Forderungen, nämlich: Einführung der inneren tschechischen Dienstsprache in Böhmen, Errichtung einer zweiten tschechischen Universität in der noch von einer deutschen Mehrheit bewohnten Stadt Brünn und die Verstaatlichung der großen, durch Böhmen führenden Privatbahnen. Statt aller Antwort forderte nun der Ministerpräsident: sei-

nerseits zunächst die Klarstellung des Verhältnisses aller tschechischen bürgerlichen Parteien zur Regierung und den Nachweis, daß mindestens die Mehrheit der tschechischen Abgeordneten hinter den beiden tschechischen Ministern stünde. Da Herr Kramarz diesen Nachweis nicht erbringen konnte, war die Folge der Nichttritt der beiden tschechischen Minister. Aber auch jetzt schien die Krise noch nicht gefährlich. Sowohl der Ministerpräsident als das Abgeordnetenhaus betrachteten die Wiederbesetzung der beiden Posten als eine häusliche tschechische Frage. Aber bald kam in dieser Personenfrage die ganze Verworrenheit im tschechischen Lager deutlich zum Ausdruck. Der Führer der tschechischen Agrarier, Herr Praschek, trat in den Vordergrund und beanspruchte für sich ein Portefeuille. Er lehnte aber beide bisher im tschechischen Besitz gewesenen Portefeuilles, das Handels- sowohl wie das Landmannportefeuille, entschieden ab und erklärte, nur das Ackerbauministerium übernehmen zu wollen. Damit hatte die Frage aufgehört, eine innere tschechische Angelegenheit zu sein. Das Ackerbauportefeuille war im Besitz des deutschen Grafen Auerberg, und die deutschen Agrarier, bis tief in die Reihen der Christlich-Sozialen hinein, erklärten die Ernennung Prascheks zum Ackerbauminister als casus belli zu betrachten und die rücksichtslosesten Konsequenzen daraus ziehen zu wollen. Diesem Protest der deutschen Agrarier schlossen sich der gesamte Deutsch-Nationale Verband und die Christlich-Soziale Partei als Gesamtheit an. Gleichzeitig erklärten die drei deutschen Parteiminister, der Eisenbahnminister Dr. v. Derschatta, der Unterrichtsminister Marchet und der deutsche Landmannminister Prade, ihre sofortige Demission einzureichen, falls Praschek zum Ackerbauminister ernannt werde. Zugleich schlossen sich der Deutsch-Nationale Verband und die Christlich-Soziale Partei durch Konstituierung eines gemeinsamen Zehner-Ausschusses, behufs gemeinsamer Stellungnahme gegenüber dem Ausgleich, enger zusammen. Der Ministerpräsident sah sich damit einer geschlossenen Phalanx von 170 bürgerlichen deutschen Abgeordneten gegenüber, die er umso mehr berücksichtigen mußte, als die Deutsch-Nationalen schon durch die jüngste Ernennung tschechischer Richter in deutsch-böhmischen Städten und die Christlich-Sozialen durch die von der Regierung geförderte Wahl des Dr. Kramarz zum Vorsitzenden des Ausgleichs-Ausschusses verstimmt waren. Andererseits reklamierten auch die Jungtschechen, die sich ansfangs mit dem Landmannministerium begnügen wollten, neuerdings wieder das Handelsportefeuille für sich und verwieser Herrn Praschek auf das Landmannministerium. In dieser höchst verworrenen Situation entschloß sich der Ministerpräsident, schon jetzt die völlige Rekonstruktion seines Kabinetts in Angriff zu nehmen, wobei er auch den Christlich-Sozialen zwei Portefeuilles anbot. Diese Rekonstruktion ist nunmehr, wie aus obigem zu ersehen, erfolgt. — Das neue Kabinett stellte sich am 30. Okt. (12. Nov.) dem Abgeordnetenhaus vor. Beim Eintritt in den Sitzungsaal wurden die Minister mit lebhaften Beifallskundgebungen empfangen, während auf den Bänken der Tschechisch-Radikalen und einiger Sozialisten Lärm ausbrach. Die neuen Minister wurden warm begrüßt. Ministerpräsident Beck stellte die neuen Minister dem Hause vor, was neuerdings stürmischen Beifall bei einem Teil des Hauses und Lärm und Protestrufe von seiten der Tschechisch-Radikalen hervorrief. Der tschechische Sozialist Nemeš legte Protest ein gegen die Ernennung



manz Präfekts, der sich als Gegner der Wahlreform und der Arbeiter erwiesen habe, zum Minister, und beantragte, die Verhandlungen mit der Bepfischung der Erklärung des Ministerpräsidenten über die Ernennung der neuen Minister zu eröffnen, um Präfekts die Möglichkeit zu bieten, sein Programm zu entwickeln. Der Antrag wurde abgelehnt. Hierauf protestierte der Tschechisch-Radikale Klossac in tschechischer Sprache gegen das Erscheinen der beiden tschechischen Minister im Abgeordnetenhaus. Das Haus fuhr hierauf in der Beratung der Dringlichkeitsanträge fort.

Im Ausgleichsausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses bemerkte in der weiteren Generaldebatte über die Ausgleichsvorlage der Ministerpräsident Herr von Brod gegenüber dem Vorwurf des Mangels eines Programms: Die Regierung beabsichtige, wenn sie durch die Erledigung des Ausgleichs die Hände frei bekommen würde, die Lösung der nationalen Frage weiter zu fördern und an die Lösung der großen sozial-politischen Fragen sowie an die Verwaltungsreform heranzutreten. Der Ministerpräsident besprach eingehend den Ausgleich und erklärte, er wolle nicht behaupten, daß der gegenwärtige Ausgleich eine dauernde Regelung über 1917 hinaus mit sich bringe. Zweifellos habe das Parlament das Recht, den Ausgleich abzulehnen. Diejenigen, die ihn verwerfen, möchten aber selbst die Führung der Geschäfte dann übernehmen und entschlossen sein, den Kampf durchzuführen, dessen Kriegskosten alle Klassen zu bestreiten hätten. Der Ministerpräsident betonte, daß die Armeefrage nicht in den Ausgleichskomplex gehöre, und er könne sich eine Lösung dieser Frage nur im Rahmen der Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit der Armee unter Aufrechterhaltung derjenigen Grundzüge, auf denen sie jetzt beruhe, denken. Er werde stets allen Trennungsbestrebungen entgegenkommen, sich aber für die Lösung der Armeefrage auf der Grundlage der Gemeinsamkeit und Einheitlichkeit einsetzen.

Im Gegensatz zu Österreich hat das ungarische Koalitionskabinett bei der Durchlösung des Ausgleichs fast gar keine Schwierigkeiten zu überwinden. Die koalitierten Parteien haben die Sache selbst in die Hand genommen und ihre Mitglieder verpflichtet, nicht gegen den Ausgleich zu stimmen. Aus der Unabhängigkeitspartei, die ganz allein die Majorität im Abgeordnetenhaus besitzt, sind wegen dieses Parteibeschlusses etwa 20 Mitglieder ausgeschieden, aber dadurch wird der Ausgleich natürlich nicht gefährdet. Unter den Ausgetretenen befindet sich der alte Wähler Geza Polonyi, den seine Partei nicht ohne Vergnügen hat scheiden sehen. Erst agitierte er gegen den Ausgleich, ohne ausgetreten zu sein, und als der Vizepräsident der Partei ihm deshalb Vorwürfe machte, kündete er seinen Austritt an. „Es wird mit Dank zur Kenntnis genommen,“ erwiderte der Vizepräsident Hoitsi.

An der Wiener Universität ist es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen italienischen und deutschen Studenten gekommen. Die italienischen Studenten hatten vor längerer Zeit dem akademischen Senat ein Memorandum vorgelegt, in dem bestimmte nationale Forderungen, zum Beispiel Gültigkeit gewisser Zeugnisse italienischer Universitäten, erhoben wurden. Da sie bis Montag nicht in den Besitz einer Antwort gelangt waren, versammelten sich, wie die „Zeit“ berichtet, gegen 11 Uhr vormittags in der Aula zirka 200 bis

300 italienische Studenten: sie hoben einen ihrer Kommissarien auf die Schultern, und dieser versuchte mit dem Haupt der Menge zu halten. Als die in der Aula promenierenden deutschen Studenten italienische Worte hörten, schrien sie den Redner mit stürmischen Pfuirufen nieder; dieser versuchte nun, sich mit der Ansprache „Kommilitonen!“ an die Deutschen zu wenden. Die deutschen Studenten stimmten „Die Wacht am Rhein“ an, der die Italiener die italienische Hymne folgen ließen. Nun entstand in der Aula ein furchtlicher Tumult. Die beiden Parteien schlugen mit Stöcken aufeinander los. Die deutschen Studenten drängten die Italiener unter fortwährendem Ringen auf die Rampe hinaus, und schließlich auf die Straße hinunter. Nun eröffneten die Italiener ein Steinbombardement auf die deutschen Studenten und zogen dann zum Parlament, das sie zu stürmen versuchten, woran sie aber durch die Polizei gehindert wurden. Mittlerweile war, von der deutschen Studentenschaft stürmisch begrüßt, der Rektor Hofrat Ebner v. Rosenstein in der Aula erschienen. Er ergriff das Wort, indem er das Vorgehen der italienischen Studenten als Provokation verurteilte und ankündigte, die Schuldigen würden zur Rechenschaft gezogen werden. Bald darauf zogen sich denn auch die deutschen Studenten von ihrer Position auf der Rampe vor der Universität zurück und hatte damit der Krawall ein Ende.

Perſien. Aus Teheran meldet das Bureau Reuter unter dem 30. Okt. (12. Nov.): Begleitet von vielen Prinzen, den Ministern und angesehenen Persönlichkeiten, erschien der Schah heute im Medschilis. Es waren große Vorichtsmaßregeln getroffen worden. Das Publikum wurde nicht zugelassen. An den Toren waren Wachen postiert. Als der Schah um 3 Uhr nachmittags den Sitzungssaal betrat, ertönte Kanonenschalut. Der Schah nahm auf dem Thronstuhl Platz und hielt eine Ansprache, in welcher er den Abgeordneten für ihre Mühen um das Wohl des Reiches und des Volkes dankte. Seid Abdullah dankte dem Schah im Namen des Medschilis für die hohe Ehre des Besuches und versicherte, daß der Schah durch die großmütige Handlung ohne Zweifel das Vertrauen des Volkes zur Regierung stärken werde. Hierauf leistete der Schah den Eid auf die am 21. Oktober unterzeichnete Verfassung. Weiterhin wird aus Teheran unter dem 31. Okt. (13. Nov.) gemeldet: Dem Medschilis ist der Bericht der Budgetkommission zugegangen. Nach diesem ist in Persien schon seit 25 Jahren kein Budget aufgestellt worden. Infolge früherer unbedachter Ausgaben habe das diesjährige Budget nur mit einem Defizit von 6 Millionen Rbl. aufgestellt werden können. Durch Aufhebung von Privilegien und Streichung des Gehalts von 2000 Personen habe der Medschilis eine Ersparnis von 8 Millionen gemacht. Dem Schah ist ein Gehalt von einer Million Rbl. und 180 000 Pud Korn u. d. Stroh ausgeworfen worden. Den Ministern sind 10 000 bis 11 000 Rbl. ausgeworfen.

Nachrichten aus dem Kaukasus.

— Tiflis. Der Vizedirektor der Kanzlei des Statthalters R. R. Magimow ist als Vize-Gouverneur nach Astrachan versetzt worden.

— Herr M. D. Melikow wurde als älterer Notar des Tifliser Bezirksgerichts bestätigt und tritt dieser Tage sein Amt an.

— Infolge eines Ukas des hl. Synods wurden am 13. Nov., als am 1500-ten Todestage des Johannes Chrysostomos, alle geistlichen Schulen geschlossen. Aber auch in allen anderen Schulen wurde, auf besondere Vorschrift der Behörden, kein Unterricht erteilt.

— Zwischen Tiflis und Odeffa wird eine direkte Telegraphenlinie hergestellt.

— Der Ingenieur Jakschich begab sich in der vergangenen Woche auf die Bahnlinie Mluchanlu—Dschulfa, um diese zu übernehmen. Die Übernahme soll zum 1. Dezember beendet sein.

— Laut Verordnung des Chefs der Transkauk. Eisenbahn sollen, bei Auszahlung der Nachnahmen an Bevollmächtigte, diese notarielle Vollmachten vorzuweisen haben. Auf den Quittungen müssen die NN der letzteren vermerkt sein. Ferner werden eigenhändige Unterschriften statt des üblichen Vorweizens eines Stempels verlangt.

— Die Eisenbahnverwaltung hat verordnet, daß in der Nähe der Eisenbahnstationen oder auf den Hüfen derselben besondere Plätze eingeräumt werden sollen, wo die Ortseinwohner den Reisenden Nahrungsmittel verkaufen können. Die Verordnung erfolgte infolge von Klagen unbemittelter Reisender über die hohen Preise in den Buffets III Klasse.

— In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres wurde auf den Kauf. Berg- und Hüttenwerken der Gebr. Siemens 81 566 Pud, auf den Werken der Kauf. Bergwerks- und Hütten-gesellschaft 68 105 Pud, und bei Melik-Nsarjanz 41 380 Pud Kupfer gewonnen, d. h. 29% der gesamten Kupferproduktion Rußlands.

— In der vergangenen Woche fand unter Vorsitz des Gouverneurs eine Beratung statt, zu welcher der Vize-Gouverneur, das Stadthaupt, der Polizeimeister, die Stadträte, einige Stadtverordnete und die Repräsentanten (Vertreter) der Bäcker hinzugezogen wurden. Es wurde beschlossen die jetzige Brodtaxe noch 2 Wochen lang gelten zu lassen. Diese Kommission soll ihre Tätigkeit zusammen mit der von der Stadtduma gewählten Verpflegungskommission fortsetzen. Außerdem sollen noch je zwei Vertreter der georgischen Bäcker (Torni), der übrigen Bäcker und der Arbeiter hinzugezogen werden.

— Im Laufe der vergangenen Woche wurden von der Polizei 59 Protokolle wegen Nichteinhaltens der Brottaxe aufgenommen.

— Die Erkrankungen an schwarzen Pocken (Blattern) werden in der Stadt nicht geringer; die Zahl der in das städtische Infektionskrankenhaus Aufgenommenen übersteigt 80 und es liegt die Befürchtung nahe, daß für Pockenranke bald kein Platz mehr vorhanden sein wird. Im Laufe des letzten Monats wurden in der Stadt über 10 000 Personen die Pocken eingeimpft. — Die Scharlach-erkrankungen werden in der Stadt seltener und in dem Infektionskrankenhaus befinden sich z. B. nicht mehr als 40 Personen.

— Im Subalowschen Hause werden die Choleraimpfungen an Unbemittelten jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 2 Uhr nachmittags an vorgenommen. Täglich erscheinen 3—4 Personen, die sich impfen lassen. Nach der Operation werden sie ärztlich beobachtet und fühlen sich nach der Impfung durchaus wohl.

— In die Zweite Gesellschaft Gegenseitigen Kredits ließen sich bereits 530 Personen als Mitglieder ein-

tragen: 28 000 Einlagen im Werte von 10 bis 500 Rubl. sind gezeichnet worden. Zur Zeit wird ein Voranschlag der Ausgaben zusammengestellt. Die Generalversammlung der Gründer wird am 25. November stattfinden.

— Die Witwe des unlängst verstorbenen Wirkl. Staatsrats N. K. Seidlich übermittelte der Bibliothek der höheren Kurse für Kaufasien eine weitere Reihe von Büchern aus dem Nachlaß des Verstorbenen.

— Die Länge der Bohrungen im Sjolokaitunnel beträgt 37 Faden. Vorläufig ist es nur ein Stollen von 1 Faden Breite. Nach der Durchbohrung sollen die Arbeiten in größerem Umfange betrieben werden.

— Am 7. November, als Herr N. W. Struve, Mitglied der Tifl. Gerichtspalata, auf dem Heimwege aus dem Dienst, gegen 4 Uhr nachmittags an seine Haustüre (Sudebnaja 41) trat, wurden auf ihn 3 Revolvergeschosse abgefeuert. Er fand Zeit, ins Vorzimmer zu treten, wohin die Verbrecher ihm folgen wollten, doch gelang es ihm die Tür zu schließen. Er blieb unverfehrt, abgesehen von einer leichten Verletzung des kleinen Fingers an der rechten Hand. Zwei Kugeln durchbohrten den Überzieher an der Schulter.

— Signach. Am 31. v. M. wurde auf die von Signach nach Telaw gehende Post, die von einem Postboten und drei Landgendarmen begleitet wurde, von einer, aus ungefähr 30 Mann bestehenden Räuberbande, ein Überfall verübt. In der Nähe der Siedelung Ahtala wurde die Postkutsche aus dem Hinterhalt beschossen. Der Postkilt, sowie einige der Räuber sind verwundet worden, ein Landgendarm getötet. Das Geld blieb unversehrt. Den 11. Nov. gegen 6 Uhr abends wurde unweit der Station Katschreti die Session des hiesigen Bezirksgerichts, bestehend aus den Mitgliedern Fermolajew, Karassjew, Petrow u. a., auf dem Wege nach Signach von unbekannten Leuten überfallen und gänzlich ausgeraubt. Den Reisenden wurden Geld (600 Rubl.), sowie Gold- und Wertsachen abgenommen. Die Räuber entkamen unbehelligt.

— Kutais. Dem neuernannten Generalgouverneur Slowotjchinski haben sich der Gefängnisdirektor, sowie die Vertreter aller Stände vorgestellt.

— Elisabethpol. Wie der „Tifl. List.“ zu berichten weiß, ist es der Elisabethepol. Polizeibehörde gelungen, einer Räuberbande auf die Spur zu kommen und einige ihrer Mitglieder festzunehmen. Bei dem Perser Maschia-Malib-Dagli sind verschiedene gestohlene Sachen gefunden worden. — Die Kaufasischen Raubritter beginnen wieder ihr Wesen zu treiben und die Strafe, welche zum Bahnhof führt, unsicher zu machen. So ist unlängst auf eine Equipage mit Reisenden ein Raubüberfall versucht worden, der Dank der Gewandtheit und der Geistesgegenwart des Koffetenters, glücklicherweise mißlang. Zum Schutz der Reisenden sind bereits Maßnahmen getroffen worden.

— Etschmiadsin. Am 6. November wurde bei sehr schlechtem Wetter die Bestattung des Katholikos vollzogen. Die Ordnung wurde von einer Kompagnie Soldaten und den Zöglingen der Akademie aufrecht erhalten. Anwesend waren gegen 150 Delegierte, darunter die Vertreter des Statthalters, Geheimrat M. P. Hadel, Oberst Lazarew, wirkl. Staatsrat Dshunkowsky, ferner die Bürgermeister von Tiflis, von Erivan und Alexandropol, der Vertreter des Gouverneurs von Karz und der Polizeimeister. — Der liturgische Gottesdienst und die Saibung wurde von dem Erzbischof Mesrop unter Beteiligung von 11 Erzbischofen und Bischöfen und 17 Archimandriten vollzogen. Die Neubesetzung des Thrones des hl. Grigory erregt selbstverständlich alle Armenier auf das Lebhafteste. Das Gejez von 1836 bestimmt, daß der Katholikos vom ganzen armenischen Volke gewählt werden müsse. Das Übergewicht haben die türkischen Armenier mit 45 Kirchensprengeln, mit je einer geistlichen und einer weltlichen Stimme. Das Kloster und die Synode von Etschmiadsin verfügen über 15 Stimmen, dazu kommen noch 6 russische und 2 persisch-indische Kirchensprengel mit je einer geistlichen und einer weltlichen Stimme.

Aus den Kolonien.

Helenendorf, d. 29. Oktober 1907. Der Vorstand des Konsumvereins sieht sich veranlaßt, trotz seiner Erklärung in Nr. 14 der „Kaufmännischen Post“, daß er sich mit Herrn G. Reitenbach in keine weitere Polemik einlassen wolle, in derselben Angelegenheit noch einmal das Wort zu ergreifen, um die falschen Behauptungen des genannten Herrn in Nr. 18 der „K. P.“ zu widerlegen.

Herr N. behauptet, es sei ein Irrtum, daß er gegen den Vorschlag des Vorstandes, laut § 31 der Statuten 50 Vertreter der Mitgliederversammlung zu wählen, agitiert habe. Was bezweckte denn eigentlich Herr N. mit seinen Reden, welche er in Veranlassung dieses Vorschlages hielt und in welchen er die Mitglieder zu überzeugen suchte, daß die Statuten für sie nicht bindend seien, da die Generalversammlung solche nach Belieben abändern könne? War dieses vielleicht keine Agitation?

Sodann leugnet Herr N., einen unbeschränkten Kredit für die Mitglieder verlangt zu haben. Wir wollen nicht annehmen, daß Herr N. absichtlich sein Vorgehen in Abrede zu stellen sucht und möchten nur seinem Gedächtnis zu Hilfe kommen, indem wir ihn an seine eigenen Worte erinnern: „Wir müssen uns Kredit verschaffen und unseren Mitgliedern, wenn sie es verlangen, auch 1000 Rbl. Kredit bis auf 4 Monate gewähren“. Daß ein solcher Kredit einem Mitglied, welches nur 30 Rbl. Mitgliedsbeitrag und Aktie eingezahlt hat, nicht gewährt werden kann, wenn das Unternehmen nicht zu Grunde gerichtet werden soll, liegt doch auf der Hand. Um die Kreditfrage zu regeln und den Mitgliedern im Rahmen der Möglichkeit kreditieren zu können, wurde auf der letzten Generalversammlung beschlossen, einen 1-monatlichen, freien Kredit in der Höhe der doppelten Einlage und auf weitere 2 Monate einen solchen gegen Zinsvergütung zu gewähren. Der Vorstand glaubt, daß durch diesen Beschluß die Kreditfrage viel besser und gerechter geregelt worden ist, als wenn dieselbe nach Herrn N.'s Vorschlag behandelt worden wäre. Oder würde Herr N. es gerechter finden, wenn ihm und seinen Gesinnungsgenossen auf eine Einlage von 30 R. ein monatelanger Kredit von 1000 Rbl. gewährt würde; während ein anderes Mitglied seine Einkäufe bar bezahlt?

Was die Leibkasse anbelangt, so kann der Vorstand nur den Wunsch aussprechen, daß es Herrn N. gelingen möchte die von ihm bereits vor 3 Monaten übernommene Aufgabe, Statuten für eine solche auszuarbeiten, bald zu lösen. Daß eine gegenseitige Kreditgesellschaft von großem Segen und Nutzen für die Kolonie wäre, darin sind alle Mitglieder des Vorstandes einig. Je eher eine solche zu Stande kommt, desto besser auch für unseren Konsumverein. Darum wünschen wir noch einmal Herrn N. recht viel Energie, damit er bald allen denjenigen, welche sich für diese Frage interessieren, ein diesbezügliches Projekt zur Begutachtung vorlegen könnte.

Daß die Anschuldigung des Herrn N., der Vorstand habe nicht verstanden, das Interesse für den Konsumverein zu fördern, unbegründet ist, beweist schon der Umstand, daß die anfängliche Mitgliederzahl von 65 in 3 Jahren auf 214 und der Umsatz von 33 000 Rbl. auf 150 000 Rbl. gestiegen ist. Wenn der Vorstand, der heute noch größtenteils aus den Gründern des Vereins besteht, nicht seiner Aufgabe gerecht geworden wäre, warum sind dann diejenigen, gegen welche die Angriffe des Herrn

N. gerichtet sind, schon zum zweitenmal wiedergeboren worden? Was Herr N. überhaupt unter „Interesse fördern“ versteht, ist uns nicht ganz klar. Vielleicht wäre das Interesse des Konsumvereins gefördert worden, wenn der Vorstand stillschweigend darüber hinweggegangen wäre, als Herr N. einem Lehrlingen des Konsumvereins einen Topf mit Honig übergab, mit der Weisung, letzteren im Lokal des Konsumvereins zu verkaufen, ohne mit dem Vorstand darüber Rücksprache genommen zu haben, unter welchen Bedingungen im Konsum Waren von Mitgliedern verkauft werden können, und ohne sogar den Verkaufspreis festzusetzen?

Wenn weiter Herr N. dem Vorstand den Vorwurf macht, daß bei dem Warenbestand von 80 000 Rbl. nicht für alle Bedürfnisse gesorgt sei, indem kein irdenes Geschirr, keine Gerste und Kleie vorhanden wäre, so beweist er uns damit einerseits, daß der Vorstand, welchem nur 11 000 Rbl. Grundkapital zur Verfügung stehen, mit der verhältnismäßig kleinen Summe das Möglichste getan hat, um den Anforderungen der Mitglieder gerecht zu werden, andererseits aber auch, daß es ihm gar nicht darauf ankommt, Tatsachen zu entstellen. Erstens wurden im Laufe dieses Jahres 6 Waggons Gerste und 11 Waggons Kleie verkauft und zweitens ist das von ihm schon oft erwähnte Tintenfaß zu Rbl. 50 ein ganzes Schreibzeug, bestehend aus 7 Gegenständen, welches, wie Herrn N. noch bekannt sein dürfte, ein früheres Mitglied laut Preisliste für sich bestellt hatte, aber, da dasselbe hier zerbrochen ankam, nicht in Empfang nahm.

Ferner macht Herr N. darauf aufmerksam, daß schon viele unzufriedene Stimmen in den Generalversammlungen gegen den Vorstand laut geworden seien. Solches in Abrede zu stellen, liegt nicht in unserer Absicht; wir wissen aber auch, was Unzufriedenheit und Uneinigkeit durch fortwährendes Leben gezeitigt hat. Jedenfalls ist mit diesen Heterogenen der kleinste Teil unserer Mitglieder einverstanden, denn wenn dieses nicht der Fall wäre, so hätten doch nicht mehrere Mitglieder Herrn N. aufgefordert, aus dem Verein auszutreten, damit auf den Generalversammlungen die laufenden Angelegenheiten sachlich besprochen werden könnten, anstatt den Austrag persönlicher Reibereien anhören zu müssen.

Endlich möchten wir Herrn N. auch noch bitten, uns durch Aufstellung einer brauchbaren Instruktion (er hätte als Mitglied der am 2. II gewählten Kommission solches zu tun nicht unterlassen sollen) den Beweis zu liefern, daß es möglich sei, in einem Konsumverein nach einem Vorschlag und Operationsplan zu arbeiten.

Damit schließen wir unsere Erklärung, indem wir zugleich hinzufügen, daß wir auf Herrn N.'s Auslassungen weiter nicht mehr eingehen werden, da unsere Zeit durch die Arbeiten im Konsum und in eigenen Angelegenheiten zu sehr in Anspruch genommen ist, als daß wir uns fortlaufend damit abgeben könnten, mit Herrn N. eine im Grunde genommen doch zwecklose Polemik zu führen. Jedem aber, der sich von der Richtigkeit unserer Beweisführung überzeugen möchte, stellen wir das nötige Material gern zur Verfügung.

Katharinenfeld, den 7. Nov. 07. In den letztverfloffenen Tagen hatten wir hier schönes, sonniges Wetter und leichte Nachtfroste; doch hat sich nun die Witterung verändert und regnet es, was sehr zu bedauern ist, da die Aussaat des Spätjahresamens in vollem Gang war.—Die Preise der Saat sind

jetzt sehr hoch und hat daher mancher nicht so viel Jäen können, als er es gern getan hätte; trotzdem hat die Kolonie in diesem Herbst mehr mit der Ausfaat zu tun gehabt, als in den vorhergehenden Jahren. Die Preise für Weizen betragen pro Tüb über 2 Abl., für Gerste über 1 Abl. Die Fleischpreise dagegen sind dieselben geblieben, was wohl seinen Grund darin findet, daß die meisten kein Futter haben, um ihr Vieh den Winter über zu halten und es daher lieber verkaufen.—Was den Genossenschaftskeller*) betrifft, so ist darin ein Fortschritt zu sehen, daß der Bauplatz für denselben schon mit Grenzpfosten versehen ist; also wird das weitere wohl bald folgen.—Die diesjährige Rekrutenaushebung fand am 5. Nov. in Schularweri statt und sind 11 Mann zum Militärdienst einberufen worden, und zwar: Ernst Wydmeyer, Johannes Geißbörsler, Ferdinand Böhlinger, Heinrich Gottmann, Johannes Maurer, Immanuel Eppinger, Immanuel Binder, Johannes Kieß, Ferdinand Kaiser, Gottlob Müller und Gottlieb Müller.

— Katharinenfelder Rekruten. (Bericht eines Augenzeugen): Am Sonnabend, den 9. Nov., fuhr unsere Diligence um 11 Uhr vormittags von Katharinenfeld ab, nach der Bahnstation Sjarand. Alle Plätze des Wagens waren, wie stets, besetzt. Unter uns, Reisenden, befanden sich auch vier Katharinenfelder Rekruten, die zu ihrem Dienstorte fuhren. Das Verhalten dieser Marsjünger war sehr vorlaut. Als wir 7 Werst gefahren waren, trafen wir mehrere Fuhrer, die uns des grundlosen Weges wegen nicht gleich ausbiegen konnten. Die zukünftigen Soldaten zeigten ihren Mut dadurch, daß sie mit den Fuhrerbesitzern Händel begannen. Als dieselben eine Strecke hinter uns waren, fingen die vier Helden an, einen alten Mann, mit dem sie am meisten gezankt hatten, mit Steinen zu bewerfen. Als die Mitreisenden dagegen Einwand erhoben, erwiederten die Diener Mars, das wäre „no cojarekri“. Das tölpelhafte Betragen dieser Burschen dauerte fort bis Sjarand. Hier angelangt, wollten sie im Wartesaal der Station einen Demolierungsversuch machen, wurden aber durch Militär an weiterem Vorgehen gehindert. Jetzt wurden die vier Rekruten endlich still und kamen zur Besinnung. — So benimmt sich die Blüte der Katharinenfelder Jugend! Schämten sollten sich Leute deutscher Nationalität, in so roher und tölpelhafter Weise aufzutreten. Nicht genug kann man den Eltern solcher Raufbolde aus Herz legen, doch mit mehr Ernst und Strenge auf ihre Kinder einwirken zu wollen. Wenn Eingeborene sich solche Ausschreitungen erlauben, so sagt man: „das sind Miaten“, aber von Leuten germanischer Abstammung so etwas zu sehen, muß ein deutsches Herz tief empören.

Argus.

— Eine Zurechtstellung. Den 11. Nov. 1907. In der gestrigen Gemeindeversammlung erlaubte sich unser Schulz, Herr Joseph Allmendinger, während ich dem Herrn Friedensvermittler Pawlow eine Erklärung inbetreff der gerade in Verhandlung stehenden Frage abgeben wollte, mich zu unterbrechen und mir öffentlich den Vorwurf zu machen, ich sei der Urheber der Korrespondenz aus Katharinenfeld vom 27. Okt. in Nr. 21 der „Kauf. Post.“, durch die er, Joseph Allmendinger, sich offenbar irgend wie getroffen gefühlt hat. Obgleich ich nicht begreifen kann, was Ehrenrühriges in der betreffenden Mitteilung enthalten gewesen sein soll und es mir genau genommen auch

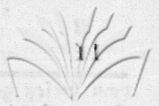
schmeichelhaft sein konnte, als schreibgewandter Zeitschriftkorespondent zu gelten, so erkläre ich hiermit demod. das es die Korrespondenz nicht geschrieben und auch nicht veranlaßt hat.

Joh. Allmendinger.

Anmerkung der Redaktion. Die Erregung des Schulzen von Katharinenfeld über den vermeintlichen Verfasser der Mitteilung in Nr. 21 unseres Blattes, Herrn Johannes Allmendinger, würde einfach komisch wirken, wenn sie nicht zu trübem Gedanken Veranlassung böte. Als antirende Persönlichkeit hätte er vor allem die moralische Pflicht, ehe er eine gewisse Angelegenheit öffentlich zur Sprache bringt, dieselbe gründlich zu prüfen, namentlich, wo es sich um Beschuldigungen handelt, die rein aus der Luft gegriffen sind. Zur Beruhigung des Schulzen und seiner gleichgesinnten Gemeindegossen wollen wir an dieser Stelle nur noch bemerkt haben, daß uns durch Joh. Allmendinger bisher keine einzige Korrespondenz aus Katharinenfeld zugegangen ist.

— Den 13. November 1907. Am 7. d. Monats abends fanden im Beisein des Herrn Inspektors für Kleinkredit G. K. Aftwazaturjan die Vorberatungen inbetreff Organisation der Verwaltung der hiesigen Kleinkredit-Genossenschaft statt. Die Vorwahlen ergaben: zum Vorsitzenden wurde Herr Immanuel Allmendinger, zu Verwaltungsgliedern die Herren Gottlob Speiser (II) und Ernst Müller, zu Kandidaten in den Vorstand Johannes Bucherer (I) und Friedrich Ammeter, in den Verwaltungsrat der Lehrer Immanuel Walker, Gottlob Maier und Christoph Kramer (Gemeindefreiber) und zum Kandidaten in den Verwaltungsrat Immanuel Böhlinger gewählt. Am Vormittag des 8. Nov. fand sodann die offizielle Eröffnung der genannten Genossenschaft statt. Der Friedensvermittler Herr W. Pawlow war zu derselben gleichfalls erschienen. Herr Aftwazaturjan hielt eine kurze Ansprache an die Versammelten (über 20 Personen), worauf die Vorwahlen geprüft u. einstimmig bestätigt wurden. Im Anschluß daran wurden auch verschiedene, auf den Geschäftsbetrieb bezügliche Fragen besprochen, unter anderem z. B. betrefis des Zinsfußes (Diskont bis zu 10%, Einlagen bis zu 7%). Am 10. Nov. hat die erste Sitzung des Vorstands und des Verwaltungsrats stattgefunden, auf welcher Einzelheiten geregelt wurden. — Die Kellerei-Genossenschaft stößt in der Platzfrage auf erhebliche Schwierigkeiten. Auf zwei Gemeindeversammlungen, welche Anfang November stattgefunden haben, ist dieselbe wohl verhandelt, aber leider abschlägig entschieden worden, trotzdem der Friedensvermittler sich in sympathischster Weise für die Annahme des Antrags der Kellereigenossenschaft ausgesprochen hatte. Es kam zu stämmischen Szenen, denen der Schulz schließlich dadurch ein Ende machte, daß er der Gemeinde anempfahl, sich entweder dafür oder dagegen zu entscheiden, in dem doch jeder wissen mußte, daß, wenn der diesbezügliche Gemeindebeschluß die genügende Anzahl von Unterschriften aufweisen würde, die Gemeinde natürlich das Land der Genossenschaft abzutreten hätte, wenn nicht, so bliebe es eben im Besitz der Gemeinde! Es ist vorderhand also wenig Aussicht vorhanden, daß die Mehrheit der Gemeinde das nötige Verständnis dem neuen Unternehmen entgegenbringen wird; vielleicht, daß die erforderliche Einsicht durch die Mithilfe des Friedensvermittlers und durch energische Handhabe des Gesetzes, welches der Genossenschaft zur Seite steht, endlich doch kommen wird. Man kann einfach nicht begreifen, wie die Leute ihren

*) Vgl. hierzu weiter unten die Korrespondenz vom 13. November.



eigenen Vorteil nicht einsehen wollen. Im schlimmsten Falle werden die Kellererzogenen den Bau auf den ihnen gehörigen Parzellen ausführen, d. h. eben dort, wo auch die Anlage gepflanzt wird.

Die 108. Synode der evang.-lutherischen Kolonialgemeinden in Transkaukasien*).

Die transkaukasische Kolonialsynode nimmt eine eigenartige Stellung im Gesamtorganismus der Ev.-Lutherischen Kirche Rußlands ein und trägt gleichsam ein doppeltes Amt. Einerseits bildet sie eine administrative Behörde, welche unmittelbar dem Statthalter des Kaukasus, unterstellt ist. Als solche hat sie jährlich die laufenden Geschäfte der Kirchengemeinden zu erledigen, z. B. die Kirchenrechnungen zu revidieren, Jahresberichte zu kontrollieren, etwaige Ehescheidungsangelegenheiten zu verhandeln usw. Andererseits beschäftigt sie sich mit den innerkirchlichen und religiös-sittlichen Fragen der ihr unterstellten Gemeinden. Die Synode setzt sich aus den Predigern der sieben Kolonial-Kirchspiele und der gleichen Anzahl weltlicher Deputierter zusammen. Die Deputierten werden auf 3 Jahre gewählt, können jedoch nach Ablauf derselben wiedergewählt werden. In Helenendorf, einer der größten Kolonien, ist ein und derselbe Mann bereits zum sechsten Mal wiedergewählt worden und daher hat sich die Synode veranlaßt gefühlt, ihn in Anbetracht seiner langjährigen, zum Wohl der Gemeinden dienenden Tätigkeit bei der Obrikeit zur Ehrenmedaille vorzustellen. Die Deputierten, welche das weltliche Element in der Synode bilden, sind von großer praktischer Bedeutung namentlich in solchen Zeiten, wo junge und mit den hiesigen Verhältnissen noch nicht vertraute Prediger an den Gemeinden stehen. Sie sind die natürlichen Vermittler zwischen der Geistlichkeit und der Laienwelt.

Die diesjährige Synode wurde durch einen feierlichen Gottesdienst in der Petri-Pauli-Kirche zu Tiflis eröffnet, wobei der Oberpastor der Gemeinden zum Eingang eine kurze Altarrede hielt über die Bitte Moses: „Laß mich deine Herrlichkeit sehen!“ Die darauf folgende Liturgie, wie auch die Festpredigt (über Joh. 21, 15. 19.) wurde von Pastor Stoll-Mariensfeld gehalten. Die Frage des Herrn an Petrus: „Hast du mich lieb?“ ist auch die Hauptfrage, die er an alle seine Nachfolger richtet. Denn die aufrichtige Liebe zum Herrn bildet die notwendige Vorbedingung zur Erfüllung des Auftrages, den er uns gibt: „Weidet meine Schafe!“ Die Entwicklung des Gedankens, daß der Hirt besorgt sein müsse, der ihm anvertrauten Herde stets die beste Nahrung zu verschaffen, gab dem Redner passende Veranlassung, auf die gegenwärtig auch bei den Deutschen im Kaukasus in den Vordergrund tretenden Kulturbestrebungen einzugehen und in energischer Weise daran zu erinnern, daß die Kirche Christi mit ihren Dienern und Wächtern nur insoweit mit diesen Bestrebungen sympathisieren könne, als sie das Reich Gottes fördern helfen; Kultur, Wissenschaft und Bildung sind und bleiben für uns Christen stets nur Mittel zum Zweck, dürfen jedoch nie Selbstzweck werden. — Der Gottesdienst verlief von Anfang bis zu Ende sehr harmonisch und wird gewiß nicht ohne Segen gewesen sein.

Unter den Gegenständen, welche in den darauf folgenden

*) Abgehalten wurde die Synode vom 2.—5. Sept. zu Tiflis. Der Bericht ist dem Evang. Sonntagsblatt entnommen. Die Redaktion.

Sitzungen der Synode zur Verhandlung gelangten, bestehende von weiterem Interesse sein.

1) Da im Laufe der letzten Jahrgabte seit jährlich aus dieser oder jener Gemeinde Bericht über die Unzufriedenheit der Pastoren oder Gemeinden über die Art und Weise, wie die sog. Aposteltage, d. h. die monatlichen Gedächtnistage der Apostel gefeiert werden, eingelaufen waren, wurde diese Frage einer eingehenden Besprechung und endgültigen Entscheidung unterzogen. Zunächst wurde festgestellt, daß die Gottesdienste an den betreffenden Feiertagen in allen Gemeinden schlecht besucht werden, daß die Feiertage bereits von einem Teil der Gemeindeglieder gar nicht beachtet und zum Arbeiten benützt werden, während sie anderen Ursache zum Müßiggang und Trunk und wieder anderen Anlaß zum Aberglauben gegeben, daß sie ferner in den Gemeinden Zwiespalt und Gewissenskonflikte hervorrufen, indem einige mit bösem Gewissen an die Arbeit gehen, andere mit Unruhe oder geheimem Ärger die Kirche besuchen, daß endlich aus der Nichterfüllung der selbstauferlegten Pflichten, indem man diese Feiertage halten will, sie aber tatsächlich doch nicht hält, eine schwere Versündigung sich ergebe. Auf Grund dieser Erwägungen wurde beantragt, die elf im Kirchengesetz für alle evangelischen Gemeinden Rußlands nicht vorgeschriebenen Feiertage von nun an nicht mehr zu feiern, jedoch jedem Prediger anheimzustellen, in seiner Gemeinde an diesen Tagen abends Missions- oder Bibelstunden zu halten, um demjenigen Teil der Gemeinde Rechnung zu tragen und einigermaßen Ersatz zu bieten, welcher bis dahin die Gottesdienste auch an diesen Feiertagen fleißig besucht hatte. Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden und somit ein alter kirchlicher Brauch, ein Überbleibsel aus katholischer Zeit, der, so viel bekannt, in den transkaukasischen Kolonialgemeinden sich am längsten erhalten hatte, gefallen. Wohl ist hierin der materialistische Zug der Zeit nicht zu verkennen, da die Christen außer an Sonntage keine Zeit noch Muße zum Ruhen und Feiern haben; wohl wird es manchem wehmütig ums Herz sein, wenn die Kirchenglocken an den genannten Tagen des Vormittags nicht mehr zur Kirche rufen werden, dennoch ist die Synode sich bewußt, mit ihrem Beschlusse das Richtige getroffen zu haben: denn man soll sich keine Pflichten auferlegen, die man nicht erfüllen kann oder will.

2) Da die Synode bis zum Jahre 1892 die Schulangelegenheiten der Kolonien ebenso wie die kirchlichen besorgt hatte und auch jetzt noch die Oberaufsicht über den Unterricht in Religion und deutscher Sprache hat, so kamen auch dieses Mal wichtige Schulfragen zur Sprache. Die Beschlüsse zweier Gemeinden, die Schulobrigkeit um Einführung der deutschen Unterrichtssprache auch in den transkaukasischen deutschen Volksschulen zu bitten, wurde als berechtigt anerkannt und der Oberpastor gebeten, sich bei der Obrikeit dafür zu verwenden, was auch schon von letzterem und zwar mit Erfolg geschehen ist. Aus der Allerhöchst bestätigten sog. Küsterlehrerbildungskasse, welche gegenwärtig ein Saldo von 3365 Rbl. 62 Kop. aufweist, werden drei Stipendiaten unterhalten. In diesem Jahr konnte noch einem Jüngling aus unseren Kolonien, der bereits eine Zentralschule absolviert hat und nun noch das neugegründete Lehrerseminar in Mitau besuchen will, ein Stipendium bewilligt werden.

So hat die transkaukasische Kolonialsynode in dem ihr

BRUNNEN
30821101033

vom Gesez gegebenen Mahnen ihre segensreiche Tätigkeit auch dieses Mal entfalten können. Wohl ist sie mit ihren sieben, im ganzen etwas über 10 000 Seelen zählenden Gemeinden nur ein kleines Glied am großen Körper unserer teuren evangelischen Kirche, aber sie hat das Gute, ein fest gegliedertes Ganzes zu sein. Sie ist das einigende Band für die in zwei Gouvernements zerstreut liegenden Kolonien, ihr Rüktrat, Leiter und Führer in guten und bösen Zeiten gewesen und wird es mit Gottes Hilfe auch in Zukunft bleiben. Durch die Mitarbeit aber an der für den Bestand der Diasporagemeinden so wichtigen Unterstützungskasse und durch das gemeinsame Kirchengesez, noch mehr jedoch durch dasselbe teure evangelisch-lutherische Glaubensbekenntnis, bleibt sie fest verbunden mit der evangelischen Kirche Rußlands.

Oberpastor D. Wron.

Nähe und Haus, Erziehung und Gesundheitspflege.

Ein neues Diphtherieheilmittel. Über ein neues Mittel zur Heilung der Diphtherie macht die „Münchener medizinische Wochenschrift“ folgende Mitteilungen: Die Pyozyanase, die in so überraschender Weise den diphtherischen Krankheitsprozeß beeinflusst, bildet sich in den Kulturen des *Bacillus pyocyaneus*, eines pflanzlichen Kleinlebewesens, das die Eigenschaft hat, blau oder blaugrün gefärbten Eiter zu erzeugen. Die Pyozyanase stellt ein bakterienauflösendes Enzym dar, das sich in keimfreier, konzentrierter Lösung gewinnen läßt. Wie Professor Emmerich im Vereine mit Professor Voew in jahrelang fortgesetzten Untersuchungen feststellen konnte, löst die Pyozyanase außer den Diphtheriebazillen auch die Bazillen der Cholera, des Typhus, der Pest, des Milzbrandes, sowie verschiedene Eiterkokken auf, und zwar große Mengen dieser Bakterien in ganz kurzer Zeit.—Zwei hervorragende Kinderärzte, Professor Escherich in Wien und Professor Pfäunders in München, haben zusammen mit ihren Assistenten die Heil- und Schutzwirkung der Pyozyanase in großem Umfange geprüft und erprobt. Professor Escherich selbst hat sich von der auffallenden Wirkung des Mittels im Reagensglase und an der Hand des Tierexperiments überzeugt. Es hat sich unter anderm gezeigt, daß man mit Diphtheriegift vergiftete Meerschweinchen durch Pyozyanase-Einspritzungen retten kann. Durch die Pyozyanase wird ein chemischer Stoff in den Körper eingeführt, der sich mit dem Diphtheriegift zu einer ungiftigen Verbindung vereinigt. Auch die schweren Fälle von „septischer“ Diphtherie, deren bössartiger Charakter durch das Hinzutreten von Eiterkeimen bedingt ist und die durch das sonst so wirksame Heilserum vielfach gar nicht mehr zu beeinflussen sind, werden durch Pyozyanasebehandlung rasch der Todesgefahr entrückt und ebenso glatt geheilt wie die einfache unkomplizierte Rachendiphtherie.—Das Mittel wird vom Munde aus mittelst eines Zerstäubers eingeblasen, was allerdings bei Kindern mitunter seine Schwierigkeiten hat. Voraussetzung ist, daß die Einstäubungen oft genug und in ausreichender Menge fortgeführt werden. Die Berichte aus der Escherich'schen Universitäts-Kinderklinik in Wien lauten in der That glänzend: das Allgemeinbefinden der Kinder hob sich in kurzer Zeit und war schon am zweiten Tage ein recht günstiges, und die Beläge im Halse schmolzen rasch ab.

Gefordert wird allerdings, daß die Pyozyanase stets neben dem Heilserum Anwendung findet.

Literatur und Kunst.

Bis in das Glend.

(Ein Kampf um das Deutschtum.)

Von Max Treu.

(2. Fortsetzung.)

27. April 1866.

Krieg!

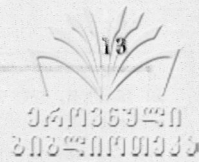
Wie eine Bombe fiel dies Wort vorgestern in die Versammlung der Gemeinde. Die Zeitungen aus Wien freilich haben ja in der letzten Zeit so manches berichtet, was recht bedrohlich aussah, aber wir wissen hier, daß vom Zeitungsgegeschwäg immer nur die Hälfte wahr ist und nur ein Viertel in Erfüllung geht. In Preußen soll ja ein böser Minister sein, der nicht einmal mit seinem eigenen Lande in Frieden leben kann, um wieviel weniger mit einem Nachbarn! Und ganz offenerzig treibt der verwegene Mann auf den Krieg los, auf ein Völkermorden zwischen Österreich und Preußen, dessen Ausgang doch gar nicht zweifelhaft sein kann, wie man hier meint. Was wird das werden? Für uns freilich wird dieser Krieg Gutes bedeuten: man wird keine Soldaten zu Strafeinquantierungen mehr übrig haben, darum hat Bokol recht. Und stündlich warten wir, daß unsere ungeladenen Gäste uns wieder verlassen. Wortlos wird ihnen gegeben, was ihnen zusteht, aber jeder Verkehr mit ihnen wird gemieden; niemand aus dem Dorfe spricht ein Wort zu ihnen; selbst die Kinder, die doch sonst immer Freude an buntem Tuche haben, laufen vor ihnen davon und schreien, wenn sie einer anfassen will. Nur Bokol spricht hin und wieder ein paar Worte mit dem kommandierenden Offizier, und ich glaube, das tut er deshalb, um den Befehlshaber zur Aufrechterhaltung strenger Manneszucht zu veranlassen; denn niemand weiß ja besser als der Ingenieur, wie hier der Funke neben dem Pulverfaß liegt und ein einziger leichter Windhauch eine Explosion von unabhsehbaren Folgen herbeiführen kann. —

Über die Gendarmen, die wir zur Aufrechterhaltung der Ordnung erbeten hatten, haben wir jetzt endlich Nachricht. Die brauchten wir nicht mehr, heißt es kurz und bündig, denn jetzt hätten wir Soldaten hier, und könnten schon auf Ordnung halten und dafür sorgen, daß Ruhe herrsche. Als aber daraufhin Keiner verlangte, daß Soldaten zu Patrouillengängen bei Tag und bei Nacht befehligt werden sollten, hat ihm der Offizier erklärt, dazu habe er keine Vollmacht und keinen Befehl, und ohne diese tue er nichts. So muß denn der Gemeinbediener alles allein machen, und er ist doch schon ein bejahrter Mann.

Pfarrer Mathias ist heute morgen nach Wien gereist, um im Namen der Gemeinde gegen die uns zugedachte Vergewaltigung vorstellig zu werden. Wenn einer dort etwas erreichen kann, so ist ers—aber ob man ihn angesichts des Kriegstrubels hören und zu Worte kommen lassen wird—wer weiß es?

1. Mai 1866.

Gestern morgen ganz plötzlich sind die Soldaten marschnäßig angetreten und sind still ohne Sang und Klang abmarschiert. Kein Mensch hat ihnen das Geleit gegeben. Da der letzte Mann das Dorf verlassen hatte, haben in unserm Kirchthurm sämtliche drei Glocken zu läuten an, und es zeigte sich,



daß die Bauern selbst sie in Bewegung gesetzt hatten, um ihrer Freude Ausdruck zu geben.

Gott aber sei Dank, daß diese Gefahr glücklich an uns vorübergegangen ist!

Wir war so bange ums Herz all die Tage her; ich wußte ja genau, welch tiefer Groll und welch grimmer Haß in den Bauern steckte, und ich wußte ebenso genau, daß es nur eines einzigen, vielleicht gar nicht schlimm gemeinten, sondern nur mißverstandenen Wortes irgend eines Soldaten bedurft hätte, um eine blutige Katastrophe über uns heraufzuführen. Davor sind wir nun bewahrt geblieben, durch den Krieg mit einer fremden Macht, die aber deutsches Blut in ihren Adern hat, wie wir.

Ist das nicht seltsam? Das Land, dem wir politisch angehören, sucht uns zu vernichten, und das Land gegen das wir in Krieg treten sollen, wird zu unserem Befreier!

So hat Vokol also doch recht gehabt. Ich sprach ihn gestern abend. Er lächelte leise.

„Ja, ja“, sagte er, „es ist gekommen, wie ich sagte! Jetzt ruht eure Zeit, Freunde, und zeigt denen, die euch übelwollen, daß ihr von eurer Stammesart nicht laßt!“

Daran braucht er nicht zu zweifeln. Der Ortsvorsteher hat heute morgen folgendes Schreiben an die Landesregierung abgefenet:

„Nachdem die Soldaten, die uns zur Strafeinquantierung hierhergelegt waren, unsern Ort heute urplötzlich verlassen haben, bitten wir gehorsamst, uns mit weiteren Einquantierungen zu verschonen. Denn einmal ist unser Ort durch Brief und Siegel des Kaisers Josef ledig und los aller Soldnerpflichten, frei von Garnison und frei von Lasten für eine solche, so daß wir keine Truppen in unsern Mauern aufzunehmen brauchen. Dann aber kann nicht verschwiegen werden, daß bei einer erneuten Einquantierung der diesmal nur durch den Zuspruch des Pfarrers, der Lehrer und des Unterzeichneten mühsam unterdrückte Groll der Dorfbewohner sich unfehlbar Luft machen und zu schweren und blutigen Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht führen würde.

Wir fügen ganz gehorsamst hinzu, daß wir in der Sprachverordnung nach wie vor auf unserm Recht als deutsche Gemeinde beharren, und daß wir jeden Eingriff ebenso entschlossen und einmütig zurückweisen werden wie bisher.

Wir haben unsern Pfarrer Mathias beauftragt, nach Wien zu reisen, bei des Kaisers Majestät den Sachverhalt vorzutragen und ihn zu bitten, uns allergnädigst in unsern Rechten schützen und schirmen zu wollen.

Eine hohe Landesregierung aber bitten wir, uns die Versicherung zu glauben, daß es unser eifrigstes Bestreben sein wird, einer hohen Landesregierung im Glück und Unglück allezeit unverbrüchlich treu, hold und gewärtig zu sein.

Die deutsche Gemeinde Weidenburg.

Im Auftrag: Reiner,
Ortsvorsteher.“

So steht in dem Schreiben, von dem wir alle hoffen, daß es seine Wirkung nicht verfehle und uns wenigstens von dorthier Ruhe und Frieden verschaffe. — — —

(Schluß folgt).

Mekka-Pilger.*)

Von Dr. R. Wieje.

Ganz Vorderasien tritt allmählich wieder aus dem Dämmerlicht hervor, in das es seit dem mächtigen Aufschwung der neuen Welt gesunken war. Zumal die Eisenbahnen, deren Bau an verschiedenen Stellen begonnen hat, werden jene Stätten alter Kultur Europa wieder näherbringen. Die bisherigen Erfolge, welche die gern und so oft totgesagte Türkei bisher auf dem Gebiete der Erschließung durch Eisenbahnen errungen hat, machen es wahrscheinlich, daß auch die große Eisenbahn, die von Damaskus bis Mekka in einer Länge von 1800 km führen soll, fertiggestellt werden wird. Gelingt es der türkischen Regierung, diese Bahn ebenso rasch zu bauen, wie andere Strecken, so wird sie in ganz anderer Weise wie bisher Herrin über die heiligen Stätten sein, einen stärkeren Einfluß wie bisher auf die Völkerschaften Vorderasiens gewinnen, und die lebende Generation wird noch Gelegenheiten haben, sich in Konstantinopel in einen Eisenbahnzug zu setzen und erst in Mekka wieder auszu steigen.

Mekka! Für den Bekenner des Islams besitzt dieser Name Zauberkraft. Dennoch ist die heiße Leidenschaft, die fanatische Glut des orientalischen Gemütes nicht erloschen, und noch heute, wie einst zu Zeiten Harun-al-Raschids, wallen die Karawanen zum Heiligtum ihres Glaubens, und noch heute bewegen brennende Phantasten von alter Märchenpracht die Söhne des Kalifen! In Mekka ist die Geburtsstätte ihrer Religion, der Schauplatz der Wundertaten des großen Propheten! Von Indien und Persien, aus jedem Winkel des türkischen Reiches, von Ägypten, Tripolis, Tunis, Algier und Marokko, von Sibirien und Senegambien, von Kurdistan und Afghanistan, aus dem Sudan und der großen Sahara, aus dem malaiischen Archipel, aus Japan, China und Sibirien strömen alljährlich zu Tausenden die frommen Moslems zusammen — arm, unwissend und unsauber die meisten, von feurigem Glaubenseifer aber beseelet alle —, die sich um die Fahne des Propheten scharen.

Kein Hindernis, keine Entfernung, nicht einmal Krankheit und die dem Orientalen unüberwindliche Scheu vor dem grenzenlosen, wildbewegten Meere haben die Pilger von der Reise abhalten können, zu der sie die Kosten durch jahrelanges Sparen, durch Entbehrung der notwendigsten Nahrung zusammengebracht haben! Wohl wissen sie alle, was ihrer auf der Reise harret, sie kennen die Unbequemlichkeiten, die Mühsale, die Leiden, sie wissen, daß der glühende Wüstenand und der Sonnenstich ihnen nicht minder gefährlich sein können, als die rohen Überfälle durch Beduinen, denen das Messer nur zu locker im Gürtel sitzt; sie riskieren die Ausplünderung durch Beduinen und den Tod durch Dize, und zwar alles mit einem Grade von Phlegma und guter Laune, die beinahe erhaben sind. Was ihnen auch begegnen mag, kümmert sie nicht: Gott wird für sie sorgen, und sollten sie auch auf dem Heimweg sterben, so werden sie desto bereitwilliger in den Palästen und Armen der Houris aufgenommen werden, von denen eine jedem gläubigen Bekenner des Propheten in dem siebenstöckigen Paradiese des Islams sicher bestimmt ist. Es ist allen guten Moslemin als heilige Pflicht auferlegt, die Wallfahrt mindestens einmal

*) Aus der Zeitschrift „Asien“ (Organ der Deutsch-Orientalischen Gesellschaft, Verlag von Hermann Paetel—Berlin).

zu machen, wenn sie es erschwingen können; manche machen sie mehrmals, und einige machen daraus ein Geschäft und verdingen sich als Stellvertreter für andere, denn eine Wallfahrt durch Stellvertretung gilt für ebenso wirksam, als eine persönlich vollzogene, vorausgesetzt, daß die Person tot ist, um derentwillen die Pilgerfahrt gemacht wird. Niemand kann bei Lebzeiten einen Stellvertreter dingn, aber er kann in seinem letzten Willen eine Verfügung in dieser Richtung treffen. Die Wallfahrt ist nicht im Lichte einer Buße zu betrachten, nach welcher der Hadschi eine vollkommene Vergebung für begangene Sünden erhalten soll. Sie ist eine Verordnung oder Einsegnung in der Religion des Islam, ungefähr von derselben Natur wie unser Abendmahl, wodurch angenommen wird, der Gläubige werde für die betreffende Zeit in eine innige Gemeinschaft mit der Gottheit und deren menschlichem Vertreter gebracht. Natürlich ist es leicht genug, zu erklären, man vermöge die Kosten des Unternehmens nicht anzubringen — und viele bedienen sich dieses Vorwandes, ohne daß deshalb der geringste Makel auf sie fällt — denn es ist ausdrücklich bestimmt, daß kein Mann die Pilgerfahrt zu machen versuchen solle, der außerstande ist, seine eigenen Reisekosten zu bezahlen, und der daher anderen lästig fallen würde. Die nötigen Auslagen wechseln je nach dem Stande des Hadschi. Es sind jedoch nicht viele Gelegenheiten zu Prunk und Geldverbrauch geboten.

Gleich nach der Ankunft in Schemda beginnen die Qualen und Leiden der schlecht organisierten Pilgerfahrer. Das Gewand des büßenden Pilgerfahrers haben sie hier bereits angelegt, den „Ihram“, das aus ein paar dünnen wollenen Tüchern und ein paar Sandalen besteht. Es schützt zwar den Kumpf und die Schultern, läßt aber den Kopf vollständig nackt, da jede Kopfbedeckung verboten ist. In Wirklichkeit gestattet der Koran den Gebrauch des Sonnenschirms, aber dieser religiöse Dispens muß durch besondere Almosen oder Opfer erkaufet werden. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß der Sonnenlicht regelmäßig eine große Anzahl von Opfern fordert, zumal wenn man bedenkt, daß in Schemda die Temperatur bis auf 46 Grad steigt, und daß die Temperatur in Mekka einen noch höheren Grad aufweist als an der Küste. Je näher die Pilger der Stadt kommen, um so größer werden die Übungen, zu denen sie verpflichtet werden. Der Barbier rasiert ihnen den Kopf, schneidet ihnen die Fingernägel und stuft ihnen den Bart. Der Pilger darf sich nur mit der flachen Hand kratzen, aus Furcht, ein Insekt zu töten oder ein Haar auszureißen. So ist vor einiger Zeit auch die Frage aufgeworfen worden, ob es mit den religiösen Vorschriften vereinbar sei, auf dem Schiffe unter den über das Deck gespannten Zeltbüchern zu verweilen, von deren Wegnahme bei ruhigem Wetter die Kapitäne natürlich nichts wissen wollen. Die Entscheidung der Uemas (Koran-Gelehrten) lautete, daß in solchen Fällen die unabsichtlich begangene Sünde durch das Opfer eines Lammes zu sühnen sei. Als der Kapitän von der Sache erfuhr, war er erbötig, auf der Strecke von Araba bis Schemda mit offenem Vorderdeck zu fahren, die Majorität der Passagiere wollte aber lieber für ein Schaf zahlen, als in der auf das Rote Meer herabglühenden Sonne zu jähren.

So ziemlich alle Verlegungen der Wallfahrtsregeln können übrigens durch das Abschlagen von Lämmern gut gemacht werden, von denen alljährlich Tausende unter den Messern reuiger

Sünder verbluten. Die arabischen Hirten lassen sich für jedes gelieferte Opfertier acht bis zehn Franken bezahlen und machen bei der Geschichte famose Geschäfte.

Endlich ist die heilige Stadt erreicht. Auf ihrem Boden zu wandeln, scheint bereits auf die Pilger wunderthätig einzuwirken. So erzählt der Mohammedaner Hadji-Khan in seinem in englischer Sprache geschriebenen Buch „Mit den Pilgern nach Mekka“ von einer der ankommenden Karawanen, die mit flatternden Fahnen und geschmückten Kamelen in die heilige Stadt einzog, folgendes: „Unter ihnen sahen wir einen Mann mit langem, weißem Bart und Haar, der auf einem mageren Maultier festgeschnallt war. Sein Körper erschien kraftlos und verfallen, seine Augen waren tief eingesunken und ausdruckslos, wie erloschen. So schlotterte diese wandelnde Leiche hin. Doch der Boden Mekkas schien geheime Wirkung auf ihn zu üben; er erhob plötzlich seine Stimme, die sich wie vertrocknet und eingetrocknet mühsam der Kohle entrang, und schrie laut auf: „Preis sei Gott in der Höhe, der mich lebend nach seinem Hause gebracht hat. Gesegnet ist, wer stirbt im Hause des Herrn!“ Ein Schrei ging durch die Menge, als der alte Mann wieder zurück sank in seine Totenruhe, den nur sein Glaube, die ungeheure Kraft der sich selbst beherzschenden Askese bis dahin am Leben erhalten hatte.“

In Mekka angekommen, gilt natürlich der erste Besuch der Pilger der Kaaba; sie müssen siebenmal um den verehrungswürdigen Tempel die Runde machen und den schwarzen Steinküssen, der in einem silbernen Kreise im südöstlichen Winkel eingelassen ist. Die Tradition erzählt in dieser Beziehung, daß als Abraham dem Herrn einen Tempel an diesem Orte errichten wollte, wo er vordem Hagar und Ismael ihrem Lese überlassen hatte, der Engel Gabriel ihm diesen vom Himmel gefallenen Stein brachte, der dann nach der Sintflut bei Mekka in dem Gebirge Abutibais verborgen blieb. Es ist ein Stück vulkanischen Basalts oder vielleicht ein Arolith, der ungefähr 20 cm Durchmesser mißt. Die Pilger werfen sich über diesen Stein, den sie mit Küssen bedecken; aber zum Gedächtnis Hagar's, von der die arabische Familie stammt, ist er hauptsächlich der besondere Gegenstand andächtiger Verehrung von Frauen.

(Schluß folgt.)

Aus aller Welt.

Über den Empfang Kaiser Wilhelms und das Bankett in der Guildhall, beim Besuch Londons, veröffentlicht der „Lokal-Anzeiger“ folgendes: Unter Vorantritt des Erzbischofs von Canterbury und mehrerer Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, wie des Herzogspaares von Connaught, der Herzogin von Albany, des Prinzen und der Prinzessin von Wales und der Prinzessinnen Christian Viktoria und Luise von Schleswig-Holstein erscheint zuerst am Arm des Lord-Mayors die Kaiserin in heliotropfarbener Seidenrobe mit Helboa und Muss sowie fliebersfarbener Straußeneierhut. Gleich darauf der Kaiser in der Uniform der Totenkopf-Gusaren, an seinem Arm die Lady-Mayores. Das Kaiserpaar nahm zur Rechten und Linken des Lord-Mayors auf goldenen Thronesseln Platz; die fürstliche Suite auf seitlich aufgestellten Lehnstühlen. Der Kaiser sah ernst, aber wohl aus und nickte mehreren Mitgliedern der Versammlung freundlich grüßend zu, während die Hochrufe sich all-



mächlich legten und der Town Clerk dazu schritt, die Guldigungs-Adresse zu verlesen, die samt ihrer kostbaren Hülle, einer mit Saphiren, Smaragden und Rubinen besetzten goldenen Kassetten, dem Kaiser als Andenken an diesen Besuch dienen soll. Der Kaiser hörte die Adresse mit wiederholten Zeichen des Beifalls an und beantwortete sie unmittelbar darauf. Der Kaiser sprach mit etwas belehrt, aber in allen Teilen des weiten Raumes deutlich vernehmbarer Stimme. Nachdem er und die Kaiserin darauf dem Lord-Mayor und den Scherifs unter Händeschütteln ihre Anerkennung für die Kostbarkeit und Vollendung der Kassettenarbeit ausgesprochen hatten, zogen beide mit dem Gefolge und dem Lord-Mayor und der Lord-Mayores sich in einen Seitensaal zurück, bis die gesamte übrige Gesellschaft ihre Plätze in der eigentlichen Guildhall eingenommen hatte, wo an langen, mit gelben Chrysanthemem geschmückten Tafeln für 850 Personen gedeckt war. Als dann der Kaiser und die Kaiserin an der Spitze des Hofstaates in der altehrwürdigen Halle erschienen und an der nördlichen Längsseite gerade gegenüber der marmornen Kolossalstatue des Herzogs von Wellington die Ehrensitze einnahmen, kannte der Jubel buchstäblich keine Grenzen. Diese enthusiastische Begrüßung wiederholte sich und steigerte sich womöglich noch, als der Kaiser in Erwiderung der Begrüßungsansprache des Lord-Mayors das Wort zu seiner oft durch begeisterten Beifall unterbrochenen Rede ergriff. Den Passus der Rede, worin die kaiserlichen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens betont werden und darauf hingewiesen wird, daß ein gutes Einvernehmen zwischen England und Deutschland dessen festeste Grundlage bilden, sprach der Kaiser mit ganz besonders ernstem Nachdruck und unter dem lebhaftesten Applaus, der sich an vielen anderen Stellen ebenfalls kundgab und nach dem Schluß in endlose Hurras ausklang. Der Ton der kaiserlichen Stimme klang bei dieser viel längeren Ansprache heller als bei der vorhergegangenen kurzen und drang deutlich bis in die entferntesten Ecken der mächtigen Halle. Während des ganzen Desjourners war der Kaiser in beiter Laune und machte die Kaiserin wiederholt auf einzelne Kuriosa des nach alter Citysitte an den kulinarischen Reichthum mittelalterlicher Tafeln erinnernden Banketts aufmerksam. Es warteten dabei 400 Diener auf, die nach und nach 540 Quart Schildkrötensuppe, 1200 Seezungenfilets, 70 Schüsseln Hummer, 130 Schüsseln Rebhühner, 80 Schüsseln Steinbutten, 100 Schüsseln Lammbraten, 70 Schüsseln Rinderzunge, 40 große Wildpasteten, 3 ganze Ochsenzener und 270 Schüsseln Mehlspeisen auftrugen, zu deren leichterem Bewältigung u. a. 800 Flaschen Champagner, 200 Flaschen Rheinwein und 100 Flaschen Portwein dienten.

Baikal. Ein Seebeben. Vor einiger Zeit wurde auf dem Baikalsee eine ungewöhnliche Erscheinung beobachtet. An einem heiteren Tage, bei vollständiger Windstille, zeigte sich plötzlich auf der Ostseite des Sees eine mächtige Welle und im Augenblick entstand auf dem eben noch glatt und friedlich daliegenden Wasserpiegel eine fürchterliche Brandung. Der Kommandeur des Eisbrechers „Baikal“ hatte die größte Mühe anzuwenden, um nicht von dieser urplötzlich auftretenden wilden Brandung ans Ufer geworfen zu werden. — Es handelt sich hier offenbar um einen vulkanischen Vorgang unter dem Boden des Sees.

Kirchliche Nachrichten: Tiflis.

Angeboren: zum 3. Mal: der Vertreter der Compagnie Singer in Konstantinopel Boris Giste mit Alide Friederike Dubague; Wilhelmine Weddel Kistner mit Anna Maria Keeser aus Katharinenfeld; zum 2. und 3. Mal: Friedrich Aberle mit Sophia Feldmayer, beide aus Elisabeththal; Gottlob Krobner mit Anna Maria Bauer, beide aus Elisabeththal; Heinrich Bühl mit Mathilde Schöttle, beide aus Elisabeththal; Johannes Schopf mit Sophie Baumelster, beide aus Elisabeththal; Wastilw Kard-Schwanofe, orth., mit Anna Karoline Dietrichson.
Getauft: Gustav Schmidt und Veris Kivres.
Gestorben: 1) die Witwe Barbara Matthiesen, geb. Böhmeler, 77 Jahre; 2) die Witwe Pauline Wegner, geb. Diriching, im 68-ten Jahre; 3) der Klavierbauer Paul Mergenthaler, im 29-ten Jahre.

Pustige Geste.

— **Kindermund.** Hans ist sechs Jahre alt und zu Ostern in die Vorstufe des Gymnasiums gekommen. Dieser Tage wollte ich mal prüfen, ob er während der Ferien nicht alles, was er gelernt, vergessen hätte. Auf meine Frage: „Wer hat die Welt erschaffen?“ antwortete er prompt: „Alumbumbus“, und als ich ihn fragte: „Welches waren die beiden ersten Menschen?“ sagt er mit inniger Überzeugung: „Mar und Morig“.
 — **Unverfroren.** Chef (zum Vehrting, der sich einen Tag Urlaub geben lassen will): „Das ist nun schon die vierte Großmutter von Ihnen, die diesen Herbst gestorben ist“. — Vehrting: „Ich weiß. Sie solch' Familienunglück nicht schrecklich?“
 — **Ein Schlanberger.** „Ja, Mutter fiel die Treppe runter und brach drei Beine“, sagte der kleine Junge zu dem Reporter, der auf der Ausschau nach Neuigkeiten war.
 „Pah! Wofür hältst du mich?“ rief der Reporter, „deine Mutter hat doch keine drei Beine!“
 „Das habe ich auch nicht gesagt“, entgegnete der Knabe, „die Beine gehörten dem Tisch, gegen den Mutter fiel, sie selbst hat sich nur weh getan“.

Verantwortlicher Redakteur
und Herausgeber: Kurt von Kutzschenbach.

STUCKEN & K^o



B
a
k
u

Grosses Lager von

Petroleum-Motoren „RUSTON“,
 Dampfmaschinen, Dampfkesseln,
 Dreschmaschinen, Locomobilen,
 Strassen-Locomotiven & Dampfpflügen,
 Bewässerungspumpen,
 Baumwoll-Reinigungs-Maschinen,
 Oel-, Heu- & Baumwollpressen,
 Mühlen, Sägemühlen,
 Reis-Reinigungs-Maschinen
 „ENGELBERG“.

Vertreter für Transkankasien T. Goldstein, Tiflis,
 Elisabethstraße, 1.



ist die erste Milch-Schokolade der Welt.
 10-8 Alle anderen Marken sind Nachahmungen.

Schweizerischer Unterstützungsverein
 Generalversammlung

Samstag, den 13. Dezember 1907, 12 Uhr
 mittags, im Konsulat der Schweizerischen Eid-
 genossenschaft Tiflis.

Tagesordnung: 1) Wahl des Vorstandes;
 2) Verschiedenes.

Abends 8 Uhr im Hotel Weigel

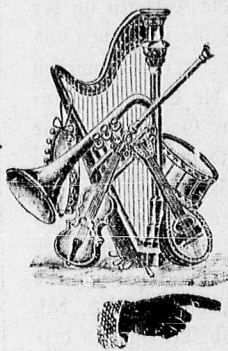
Schweizerabend,

wozu alle Landsleute freundlichst eingeladen sind.

Musik-Instrumenten

Grösste Auswahl, billigste Bezugsquelle:

Klaviere	von 1 Rbl. und teurer.
Gitarren gute Sorte, voller Ton	4 " " "
Mandolinen, schöne Arbeit	4 " " "
Balalaikas, nur gute ausprobierte Exemplare	2 " " "
Ziehharmonikas, 2-reihig mit 4 Bässe	10 " " "
" " " 8 " "	15 " " "
" " " 12 " "	23 " " "
Konzert-Zithern, echt Wiener Fabrikat	15 " " "
Volks-Zithern, beste Qualität	8 " " "
Neut-Zithern, gute Arbeit	9 " " "
Spielböden zum drehen	4 " " "
Selbstspielende	5 " " "
Drehorgeln	4 " " "



Stets auf Lager frische, deutsche und
 echt italienische Saiten.

NOTEN

für alle Musik-Instrumente.

Täglich Eingang von NEUHEITEN!

Musikhaus

K. Schumann,

TIFLIS, Golowin-Prospekt Nr. 10.

10-7

Grammophon-Aktien-Gesellschaft

TIFLISER ABTEILUNG

Tiflis,

Golowin-Prospekt № 9.

Hüten Sie sich vor Nachahmungen!

Es existieren viele Arten Sprechmaschinen, aber es gibt
 nur eine Grammophon. Das Wort „Grammophon“ ist keine
 allgemeine Benennung für Sprechmaschinen, sondern bezieht
 sich ausschließlich auf die Apparate, die von der Gram-
 mophon-Aktien-Gesellschaft hergestellt werden

Nur die nebenstehend ABGEBILDETE
 FABRIKMARKE schützt
 vor minderwertigen
 Nachahmungen unse-
 rer Fabrikate.



Unser Repertoire besteht aus über
 25 000 N., ausgeführt in achtzig ver-
 schiedenen Sprachen.

Seit 1. Juli d. J. ermässigte Preise.

Illustrierte Kataloge und Plattenverzeichnisse versenden
 auf Wunsch gratis.

Grammophon-Aktien Gesellschaft

Tifliser Abteilung: Tiflis, Golowin-Pr. № 9.

15-8

Verwalter C. Roesener.

